

JAHRESBERICHT 2023

BERATUNGSNETZWERK HESSEN

herausgegeben vom Demokratiezentrum Hessen

**GEMEINSAM FÜR
DEMOKRATIE
UND GEGEN
RECHTSEXTREMISMUS**

Ein Mahnmal für:
Fatih, Sedat, Hamza, Ferhat, Mercedes,
Kaloyan, Vili-Vioral, Gökhan und
Said Nesar

19. Februar 2020
Zusammen trauern
Gemeinsam kämpfen!
Janaus überall!



IMPRESSUM

Jahresbericht 2023 des Beratungsnetzwerks
Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen
Rechtsextremismus

V.i.S.d.P. / Redaktion: Dr. Reiner Becker,
Gamze Damat, Gerolf Nittner

herausgegeben vom:
Demokratiezentrum Hessen
im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam
für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
Wilhelm-Röpke-Str. 6 A
35032 Marburg
Tel.: 06421 - 28 21 110
E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
Web: www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Auto-
ren außerhalb des Marburger Demokratiezentrum
für ihre Beiträge!

Hinweise:

Die einzelnen Veröffentlichungen stellen keine Mei-
nungsäußerung des Bundesministeriums für Fami-
lie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder des
Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche
Aufgaben (BAFzA) bzw. des Hessischen Ministeriums
des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (HMdI)
dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die
Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die
Verantwortung.

Alle Textinhalte liegen ausdrücklich in der Verant-
wortlichkeit der jeweiligen Autorschaft, das gilt vor
allem für die namentlich gekennzeichneten Beiträge
(wie im Kapitel „Aus der Praxis“). Gleiches gilt auch
für die Verwendung von geschlechtersensibler Spra-
che bzw. deren ggf. nicht einheitliche unterschied-
liche formale Kennzeichnung (Unterstrich, Stern-
chen, Doppelpunkt, Schrägstrich etc.). Wir haben
dazu bewusst keine Vorgaben gemacht, weil wir der
Ansicht sind, dass es jedem und jeder freigestellt
sein sollte, ob und wie er diese Thematik berücksich-
tigen und ausdrücken möchte. Eine offizielle einheit-
liche oder allgemeine verbindliche Sprachregelung
zum „Gendern“ dazu existiert derzeit nicht.

Gestaltung und Layout:
Heilmeyer und Sernau Gestaltung, Berlin

Gestaltung Beratungsnetzwerk-Logo:
KOMPAKTMEDIEN – Agentur für
Kommunikation GmbH

Bildnachweise:
S. 5: Christian Griese
S. 6: Adobe Stock © KOTO
S. 9: Adobe Stock © Stocksnapper
S. 29: Adobe Stock © Ajdin Kamber
S. 38: unsplash © Alexis Brown
S. 39: pixabay
S. 45: response
S. 54: Adobe Stock © alice_photo
S. 57: pixabay
S. 63: Adobe Stock © killykoon
S. 68: Adobe Stock © tibor13
S. 70: Adobe Stock © Nikola
S. 73: Adobe Stock © Sahrul Setiawan

alle übrigen Bilder, Skizzen, Tabellen und Grafiken
(sofern nicht anders gekennzeichnet):
© Demokratiezentrum Hessen, Stand: Juni 2024

Diesen Jahresbericht können Sie sich auch auf
unserer Webseite [https://beratungsnetzwerk-
hessen.de/infos-presse/jahresberichte/](https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/jahresberichte/) als PDF-
Dokument herunterladen.

Inhaltsverzeichnis

IMPRESSUM	2
1. VORWORT	5
2. WER WIR SIND	6
Über das Beratungsnetzwerk und das Demokratiezentrum Hessen	7
3. DAS JAHR 2023 IN ZAHLEN: VOLLE AUSLASTUNG DER BERATUNGSKAPAZITÄTEN	9
4. ÜBERBLICKSAUSWERTUNG DER MONITORING-BERICHTE 2023	28
Abnehmende Proteste gegen Corona-Maßnahmen, dafür rückt das Thema Migration in den Fokus	29
5. DAS JAHR 2023 FÜR DIE RECHERCHE- UND INFORMATIONSTELLE ANTISEMITISMUS HESSEN (RIAS HESSEN)	35
6. THEMENSCHWERPUNKT SCHULE	38
7. AUS DER PRAXIS	44
7.1 Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) – Regionalstellen Nord- und Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen in Kassel und Fulda	46
7.2 Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen, Darmstadt	47
7.3 „response.“ – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt	49
7.4 „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus	50
7.5 „Jetzt! e. V.“ – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie	52
7.6 Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)	53
8. WAS GAB ES 2023 NEUES IM DEMOKRATIEZENTRUM UND IM BERATUNGSNETZWERK HESSEN?	54
8.1 Hessischer Staatssekretär übergab Förderbescheid	55
8.2 Wissenschaftsministerin eröffnete offiziell neuen Forschungsbereich	56
8.3 „Extreme Zeiten“: Podcast des Demokratiezentrum stößt auf hohe Resonanz	57
8.4 Zweitägige Fachtagung „Klimakrise und Demokratiegefährdung“ im Oktober	57
8.5 Weiterhin hohe Nachfrage nach Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin“ und Poster-Alternative	58
8.6 Publikationen	59
8.7 Neue Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) in Hessen und neue „Arbeitsgemeinschaft Antiziganismus“ im Beratungsnetzwerk Hessen	61

1. VORWORT



Es ist mitunter ein seltsames Unterfangen, in einem dritten Quartal das Vorwort für den Jahresbericht des Vorjahres zu formulieren. Denn die Zeit scheint nicht still zu stehen, getrieben sind wir – persönlich und in unseren Arbeitskontexten – von sehr mannigfaltigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Krisen. Zwei Ereignisse im Jahr 2023 waren jedoch besonders einschneidend:

Der Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober wirkte sich vom ersten Tag an fundamental auf das Leben von Jüdinnen und Juden weltweit aus, sprunghaft stiegen die antisemitischen Übergriffe hierzulande an, wie es der Jahresbericht von RIAS Hessen dokumentiert. Die Folgen des Überfalls der Hamas und die anschließenden militärischen Reaktionen Israels führten weltweit, aber auch in Hessen, zu zahlreichen Demonstrationen – der Grat zwischen der Solidarität mit den Menschen im Gaza und neuen antisemitischen Auswüchsen auf den Straßen war und ist mitunter schmal.

Bei den Landtagswahlen in Hessen am 8. Oktober 2023 konnte die AfD landesweit mit 18,4 % an Stimmen deutlich zulegen und mancherorts – eher

in ländlichen Räumen und in einzelnen Dörfern – Wahlergebnisse weit über dem Landesdurchschnitt erzielen. Solcherlei Wahlergebnisse werfen insbesondere unter einer raumbezogenen Perspektive die Frage auf, wie wir mit unseren verschiedenen Angeboten soziale Räume (neu) verstehen und adressieren müssen.

Die Herausforderungen an unsere Arbeit sind also qualitativ, aber auch quantitativ gestiegen, denn 2023 war mit über 300 Beratungsfällen ein neues Rekordjahr. Doch gleichzeitig gestaltete sich der Jahreswechsel wegen der Haushaltssperre der Bundesregierung so schwierig wie noch nie; es war unklar, ob noch vor den Weihnachtsfeiertagen grünes Licht für die Arbeit ab dem 1. Januar 2024 gegeben werden könnte und tatsächlich waren daher einige Berater*innen trotz dieser sehr hohen Beratungsnachfrage – zumindest temporär – arbeitslos. Die Logiken von Förderprogrammen stehen in einem Widerstreit zu den symbolischen Beteuerungen des „Nie wieder!“ oder des „Demokratie stärken!“ bei einer zunehmend wachsenden Zahl von Menschen, die Beratung nachfragen. Es sind keine einfachen Zeiten!

Trotz allem wünsche ich Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre unseres Jahresberichts.

Wie immer gilt mein herzliches Dankeschön allen ehrenamtlich Engagierten und den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, unseren Partnern und Förderern von Bund und Land und auch sehr meinem Team des Demokratiezentrum in Marburg.

*Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum
Hessen im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam
für Demokratie und gegen Rechtsextremismus*

9. VERNETZUNG – AUSTAUSCH – WEITERENTWICKLUNG	63
9.1 Regelmäßige Vernetzungstreffen	64
9.2 Austausch bei Treffen der Mobilen Beratungsteams	65
9.3 Qualitätszirkel-Treffen für die Weiterentwicklung	65
9.4 Treffen der Lenkungsgruppe – Strategie und Zukunftsfragen	66
9.5 Treffen der „Partnerschaften für Demokratie“	66
9.6 Weitere Treffen	66
9.7 Modulare Weiterbildung sichert Professionalität	67
10. FINANZIERUNG	68
11. PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	70
12. ANHANG DIE MITGLIEDER DES BERATUNGSNETZWERKS HESSEN / EXPERTENPOOL	73

ÜBER DAS BERATUNGSNETZWERK UND DAS DEMOKRATIEZENTRUM HESSEN

Wie kann man Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und generell Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit wirkungsvoll begegnen, wie kann man Betroffenen helfen und wie kann man diesen Phänomenen vorbeugen und unser vielfältiges, friedliches Miteinander stärken? Diese Fragen beschreiben das zentrale Aufgabengebiet des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. Denn rechtsextreme Stimmungen an Schule, rassistische oder verschwörerische Parolen am Stammtisch, am Arbeitsplatz, im Verein oder im privaten Umfeld, Neonazis im Jugendclub, antisemitische Schmierereien, zunehmende Hasstiraden im Internet, Anfeindungen gegen Geflüchtete, Bedrohungen gegenüber lokalpolitisch Verantwortlichen und ähnliche Vorfälle gehören zum Alltag in vielen deutschen Kommunen. Auch in Hessen. Um solche Konflikte angemessen bewältigen zu können, bietet das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ professionelle Beratungshilfe an. Seit 2007 berät es hessenweit Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und andere Hilfesuchende in Fällen wie oben und bietet umfangreiche präventive Hilfe und Bildungsmaßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kul-

tur an. Die Beratung ist professionell, qualifiziert, individuell zugeschnitten, vertraulich und kostenlos.

Im Beratungsnetzwerk Hessen kooperieren zahlreiche relevante staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen sowie landesweit eingesetzte mobile Beraterinnen und Berater.

Dieser kooperative „Expertenpool“ besteht aus derzeit 54 Mitgliedern – von der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, dem Landesverband der jüdischen Gemeinden, dem Landesverband Hessen Deutscher Sinti und Roma über die hessische Jugendfeuerwehr und verschiedene Ministerien bis zur Sportjugend oder den Kirchen. Die eigentliche Beratungsarbeit vor Ort übernehmen ca. 40 qualifizierte mobile Beraterinnen und Beratern in ganz Hessen. Zentrale Anlauf-, Fach- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks ist das Demokratiezentrum Hessen, das an der Philipps-Universität Marburg (Fachbereich Erziehungswissenschaften) angesiedelt ist. Es vermittelt die Ansprechpartner vor Ort, koordiniert die Beratung, Vernetzung und Bildungs- und Präventionsmaßnahmen und dokumentiert die Arbeit des Beratungsnetzwerks Hessen.

Die Aufgabenbereiche des Demokratiezentrums Hessen im Jahr 2023 skizziert die folgende Darstellung:

2. WER WIR SIND

Unsere Träger der Beratung 2023 – gefördert durch das Demokratiezentrum Hessen

Mobile Beratung

- ▶ **Regionalstelle Nord:** Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT), Kassel
- ▶ **Regionalstelle Ost:** Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT), Fulda
- ▶ **Regionalstelle Süd:** Büro Darmstadt, Träger: jetzt! e. V.
- ▶ **Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)**, Frankfurt
- ▶ **Jetzt!** Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.

Opfer- und Betroffenenberatung

- ▶ **response** – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Distanzierungsberatung

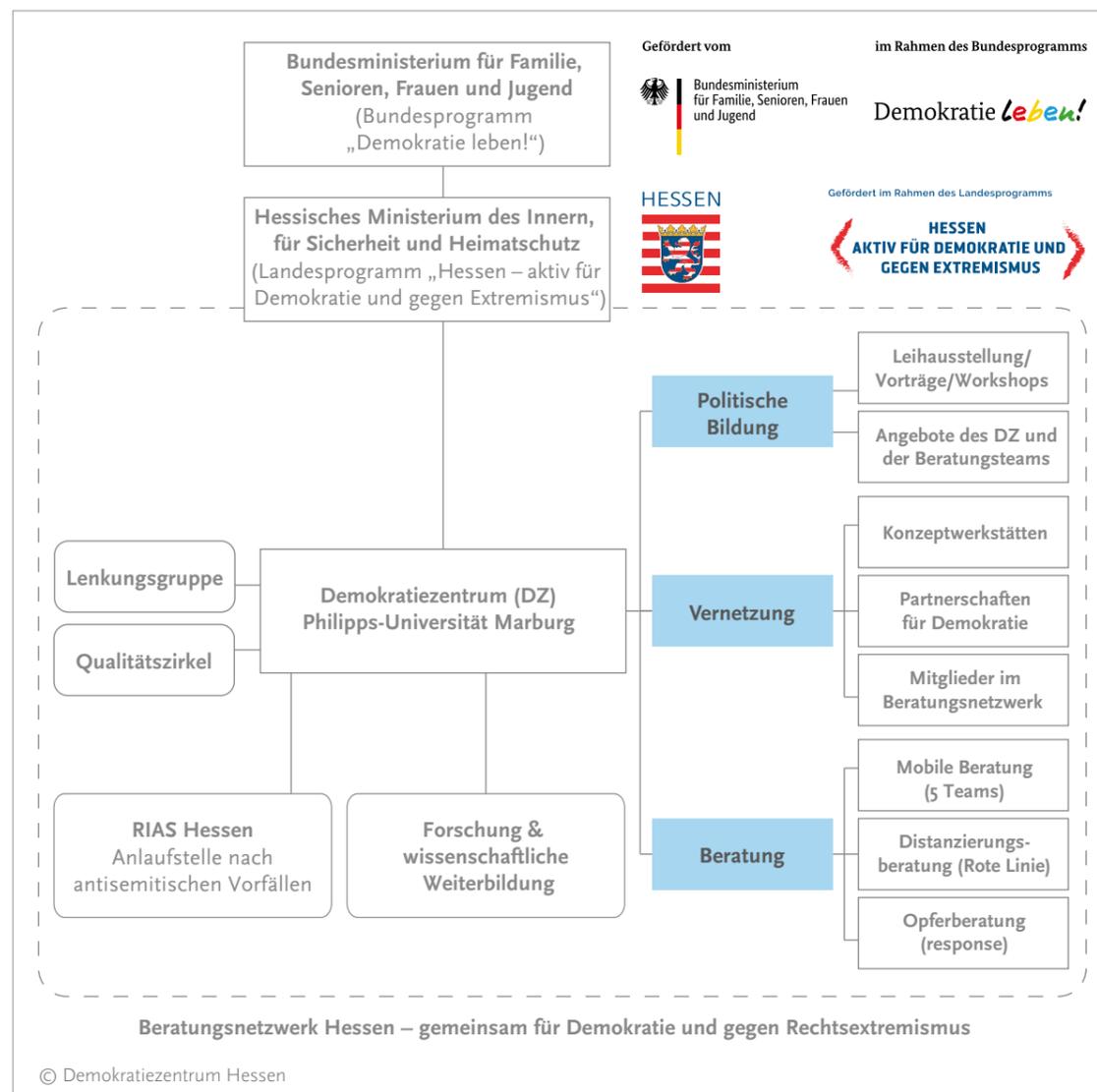
- ▶ **Rote Linie** – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

Zudem gibt es derzeit drei Regionalstellen: 2015 wurde eine Regionalstelle Nord-/Osthessen beim Mobilien Beratungsteam Hessen (MBT) in Kassel eingerichtet sowie 2016 die Regionalstelle Süd, die seit Sommer 2021 in der Trägerschaft von „Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.“ in Darmstadt arbeitet. Seit 2022 gibt es zudem eine eigene, ebenfalls in der Verantwortung des MBT Hessen arbeitende Regionalstelle für Osthessen in Fulda. Mittelfristig geplant ist eine weitere Regionalstelle für Westhessen.

Finanziert wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrum Hessen durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) sowie das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport; seit 2024: Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz).

Internetadresse: <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/>

Aufbau und Strukturen des Beratungsnetzwerks Hessen und die beteiligten Institutionen und Zuständigkeiten zeigt das folgende aktuelle Organigramm (Stand: 2024):



3. DAS JAHR 2023 IN ZAHLEN: VOLLE AUSLASTUNG DER BERATUNGSKAPAZITÄTEN

Das Jahr 2023 ließ mit seiner Zunahme an rassistischer Gewalt und antisemitischer Bedrohungen, mit internationalen und nationalen Konflikten, mit den großen gesellschaftlichen Kontroversen um Klima, Demokratie und Migration nicht viel Raum für lange Phasen der Nachdenklichkeit und Rückschau. Die erhöhten Beratungsanfragen, gerade im Bereich der Betroffenenberatung, sind alarmierend. Auffällig dabei ist, dass Gewalterfahrungen immer öfter im sozialen Nahraum der Beratungsnehmer*innen gemacht werden: So ist es nicht die anonyme beleidigende Bemerkung im Internet, die Menschen zu schaffen macht, sondern kontinuierliche Anfeindungen, denen sie in der direkten Nachbarschaft, bei einem Behörden-gang, im Schulunterricht oder in ihrer Arbeitsstelle ausgesetzt werden, denen sie auch nicht einfach aus dem Weg gehen können. Und bleibt ein Vorfall aus, erschweren Gefühle der Angst und der Stress der Erinnerung den Alltag.

Mit insgesamt 54 Mitgliedern ziviler und staatlicher Organisationen des Beratungsnetzwerks Hessen, rund 50 Berater*innen sowie den 39 lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ (Stand: Juli 2024) wurde versucht, den Anfragen in ihrer Schwere, Komplexität und Dauer gerecht zu werden und Unterstützung zu bieten, aber auch mit Bildungsangeboten diese und andere relevante gesellschaftliche Themen zu bearbeiten.

Zum Beratungsnetzwerk Hessen

Ziel des Beratungsnetzwerks Hessen ist es, Hilfesuchende – betroffene Einzelpersonen, Schulen, Eltern, Familienangehörige, Kommunen und Vereine – in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Rassismus kostenlos und aufsuchend zu beraten. Seit 2015 ist es außerdem zentrale Anlaufstelle für Fragen zur Prävention bzw. Demokratieförderung und Bildung bezüglich Rechtsextremismus und bie-

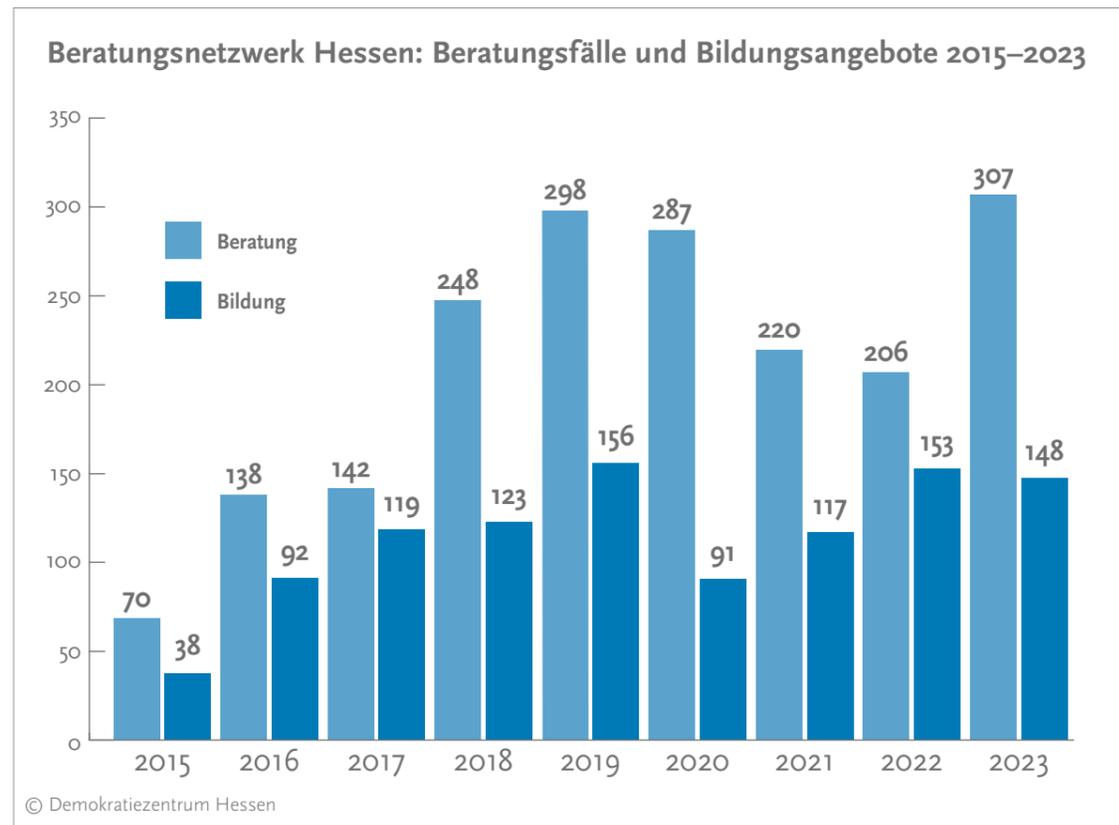


Abbildung 1: Beratungsfälle und Bildungsangebote 2015–2023

tet dazu verschiedene Veranstaltungsformate an. Im Beratungsnetzwerk kooperieren zahlreiche staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen sowie landesweit tätige mobile Beraterinnen und Berater, um gemeinsam rechtsextremistischen Bestrebungen zu begegnen und die Demokratie zu stärken. Als koordinierende Fach- und Geschäftsstelle fungiert das Demokratiezentrum Hessen, das an der Philipps-Universität Marburg angegliedert ist.

Gefördert wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrums Hessen durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“.

Seit der Gründung des Netzwerks 2007 wurden insgesamt 2.267 Beratungsfälle und 1039 Bildungs- und Präventionsmaßnahmen¹ registriert. Hinzu kamen zahlreiche Veranstaltungen der lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd) in hessischen Kommunen, die ebenfalls ein zentraler Teil der Vernetzung in Hessen sind.

Zum methodischen Vorgehen

Der folgende Überblick über die Beratungs- und Bildungsarbeit² des Beratungsnetzwerks im Jahr 2023 basiert auf der wissenschaftlichen Auswertung der fortlaufenden und anonymisierten Dokumentation aller Beratungs- und Bildungsprozesse durch das Demokratiezentrum Hessen. 2018 wurde das Verfahren zur Dokumentation von Beratungsfällen grundlegend überarbeitet: Das System wurde dem des Deutschen Jugendinstituts angepasst, das im Auftrag des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ bundesweit die Beratungsfälle erfasst und dokumentiert.

Beraterinnen und Berater erfassen und kategorisieren Beratungsfälle und Bildungsangebote nach eigens standardisierten Verfahren und pflegen diese in eine einheitliche Datenbank ein. Da Rechtsextremismus ein dynamisches Feld ist und „idealtypische“ Fälle und Verläufe selten in der Praxis vorkommen, werden einige dieser Fälle unter „Sonstiges“ gefasst, da sie zwar Überschneidungen mit bestehenden Kategorien haben, aber keine eindeutig zutrifft. Um auch diese transparent zu machen, werden in diesem Bericht einige der Fälle exemplarisch genannt.

¹ Dokumentierte Fälle von 2015 – 2023: Zur besseren Vergleichbarkeit werden in Abbildung 1 nur die absoluten Zahlen für Beratung und Bildung aus 2015 – 2023 dargestellt.

² Die in der Vergangenheit verwendete Formulierung „Prävention“ für die zweite Aufgabensäule des Beratungsnetzwerks wurde ergänzt durch den Begriff „Bildung“, da er die Betätigung und Angebote des Netzwerks eindeutiger und klarer bezeichnet, die in der Praxis nur z. T. einen nachweisbaren präventiven Charakter und „vorbeugende“ Funktion haben (können). Nachträglich dokumentierte Fälle werden rückwirkend in die Statistik mitaufgenommen.

Die statistische 1 steht für einen neuen Beratungsfall, d.h. es wurden im Jahr 2023 307 Beratungsprozesse begonnen, die tatsächliche Beratungsleistung ist aber deutlich höher, da Beratungen teilweise jahrelang fortgeführt werden. Dokumentiert wird ein Fallverlauf aber immer unter der gleichen Fallnummer, d. h., ein Fall aus 2021 taucht in der Statistik nicht mehr auf, ist aber Teil der Beratungsarbeit. Es wäre daher richtig, z. B. für 2023 von „307 neuen Beratungsfällen“ zu sprechen und nicht von 307 Fällen insgesamt.

Deutlicher Anstieg der Gesamtfallzahl

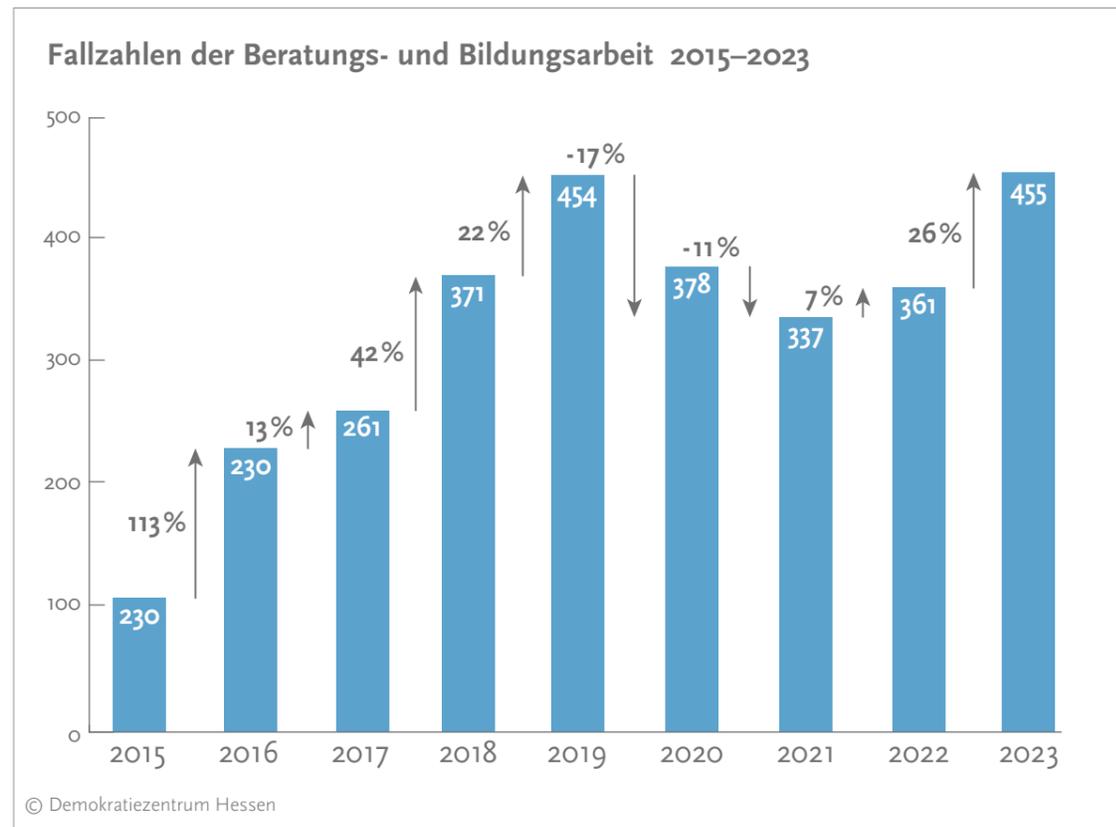


Abbildung 2: Fallzahlen der Beratungs- und Bildungsarbeit von 2015–2023 in absoluten Zahlen und prozentualen An- und Abstieg zum Vorjahresniveau (N=2955)

Die Gesamtfallzahl des Beratungsnetzwerks hat durch die erhöhte Nachfrage nach Beratung die Gesamtfallzahl von 2019 übertroffen. Außer Ereignis- und themenspezifisch erklärbaren Ursachen hat dies folgende Gründe:

1. Eine routinierte Koordination und Weiterleitung von Fallanfragen durch das Demokratiezentrum,
2. eine Verweisstruktur unter den Beratungsteams, aber auch durch Netzwerkpartner*innen (z. B. DEXT-Stellen, PfdDs), die bei Bedarf ebenso auf die Beratungs- und Bildungsstruktur verweisen,
3. die Sichtbarkeit von Beratungsteams und ihrer Arbeit, die Beratungsnehmer*innen ermöglicht, sich direkt an sie zu wenden,
4. die ausdifferenzierten Angebote, die sowohl in Broschüren (z. B. „Extrem gut!“), als auch auf Websites der jeweiligen Teams transparent dargestellt sind,
5. die finanziellen Ressourcen, die gut für eine Erweiterung der Beratungs- und Bildungsarbeit genutzt werden konnten, exemplarisch die Betroffenenberatung, die deutlich mehr Beratungen hat annehmen können,
6. die zunehmende Professionalisierung des Feldes, die die Berater*innen und politischen Bildner*innen zu wichtigen Ansprechpartner*innen für Kommunen, Behörden, Schulen, Eltern und Betroffene von Diskriminierung gemacht hat.

3.1 Beratung

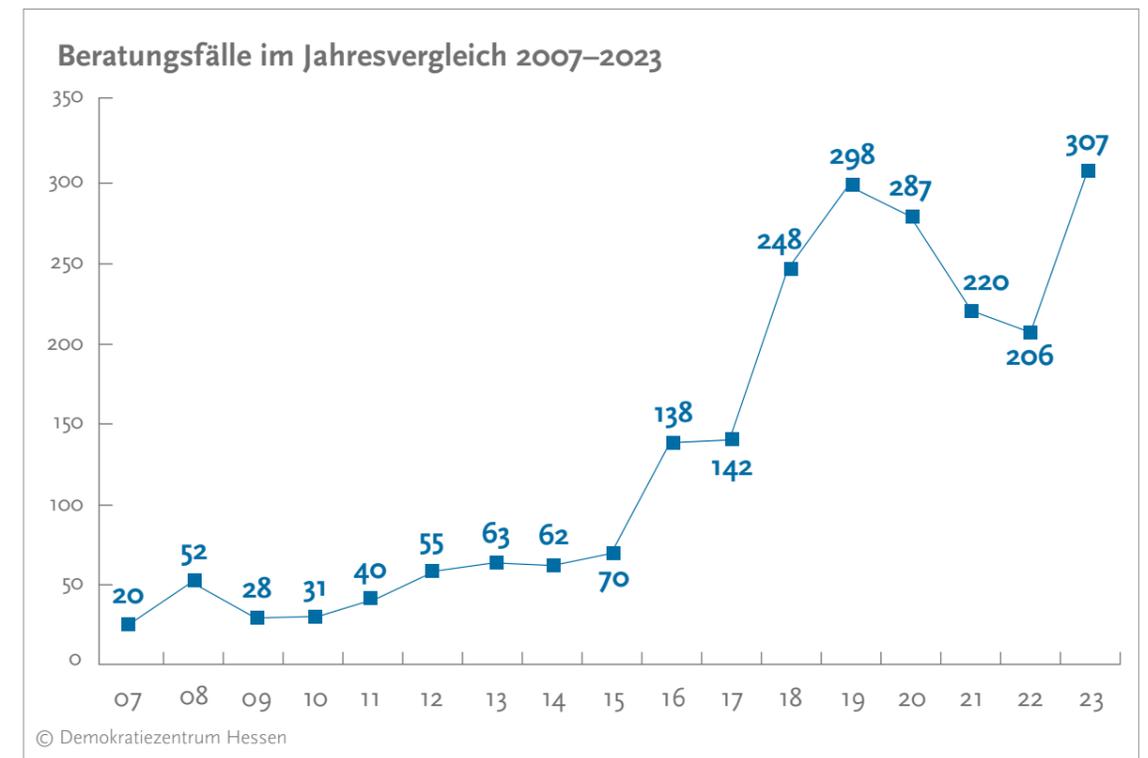


Abbildung 3: Beratungsfälle im Jahresvergleich 2015–2023

Nach dem langsamen Ausklang der Pandemiesituation und der partiellen Erhöhung der Beratungskapazitäten bei der Betroffenenberatung, hat das Jahr 2023 mit 307 Fällen die höchste Zahl neuer Beratungen seit Beginn des Beratungsnetzwerks erreicht. Das ist eine Steigerung von 49 % zum Vorjahr (2022: 206 Fälle).

Seit 2009 wird ein kontinuierlicher Anstieg der Beratungszahlen registriert: 2015 betrug die Zahl der Beratungsfälle 70, 2017 stieg sie bereits auf 142 sowie 2018 auf 248 an, 2019 waren es 298 und 2020 – durch die Coronapandemie leicht rückgängig – 287 Fälle. Der letzte „Einbruch“ von 6 % im Gegensatz zum Vorjahr war 2022 zu verzeichnen.

3 Die Fallzahlen im Bereich Beratung wurden für 2022 aufgrund nachträglicher Dokumentationen für diesen Jahresbericht korrigiert.

3.1.1 Exemplarische Fälle der Beratungsarbeit 2023

Die Beratungsbedarfe sind sehr unterschiedlich und umfassen eine große Spannbreite gesellschaftlich akuter Problemlagen. Die folgenden Anfragen des letzten Jahres sollen beispielhaft einige dieser Problemlagen illustrieren:

- Engagierte Bürgerinnen und Bürger gründen ein Bündnis und möchten Unterstützung in der Frage, wie mit rechten Symbolen, Codes und Fahnen in der Nachbarschaft umgegangen werden kann. Das Beratungsteam hilft bei der Einordnung und begleitet den Prozess der Gründung des Bündnisses.
- Eine jugendliche Person fällt in einer sozialen Einrichtung zunehmend durch diskriminierende Äußerungen auf. Die pädagogischen Fachkräfte, die diese*n Jugendliche*n⁴ betreuen, suchen hierzu Austausch mit Berater*innen, um angemessen darauf reagieren zu können.
- Eine Familie, die in ihrem Wohnumfeld immer wieder rassistisch beleidigt und bedroht wird, weiß nicht mehr weiter. Es wurden bereits mehrere Strafanzeigen

gestellt, die Wirkung blieb jedoch aus. Die Betroffenen wenden sich mit Bitte um Hilfe an die Berater*innen: Welche Handlungsoptionen haben sie?

- Lehrer*innen und die Leitung einer Schule diskriminieren ein geflüchtetes Kind und nehmen die Eltern des Kindes nicht ernst. Die Berater*innen versuchen zur Schulleitung durchzudringen, diese möchte aber ihr Verhalten nicht ändern. Die Eltern jedoch fühlen sich durch die Unterstützung der Berater*innen wieder ernstgenommen und sind ermutigt.
- Antisemitische Vorfälle auf einem kulturellen Großereignis und deren mediale Besprechung lösen in einem Verein eine Kontroverse aus. Die Berater*innen sollen für das Thema sensibilisieren, aber auch helfen, den Konflikt im Verein zu lösen.

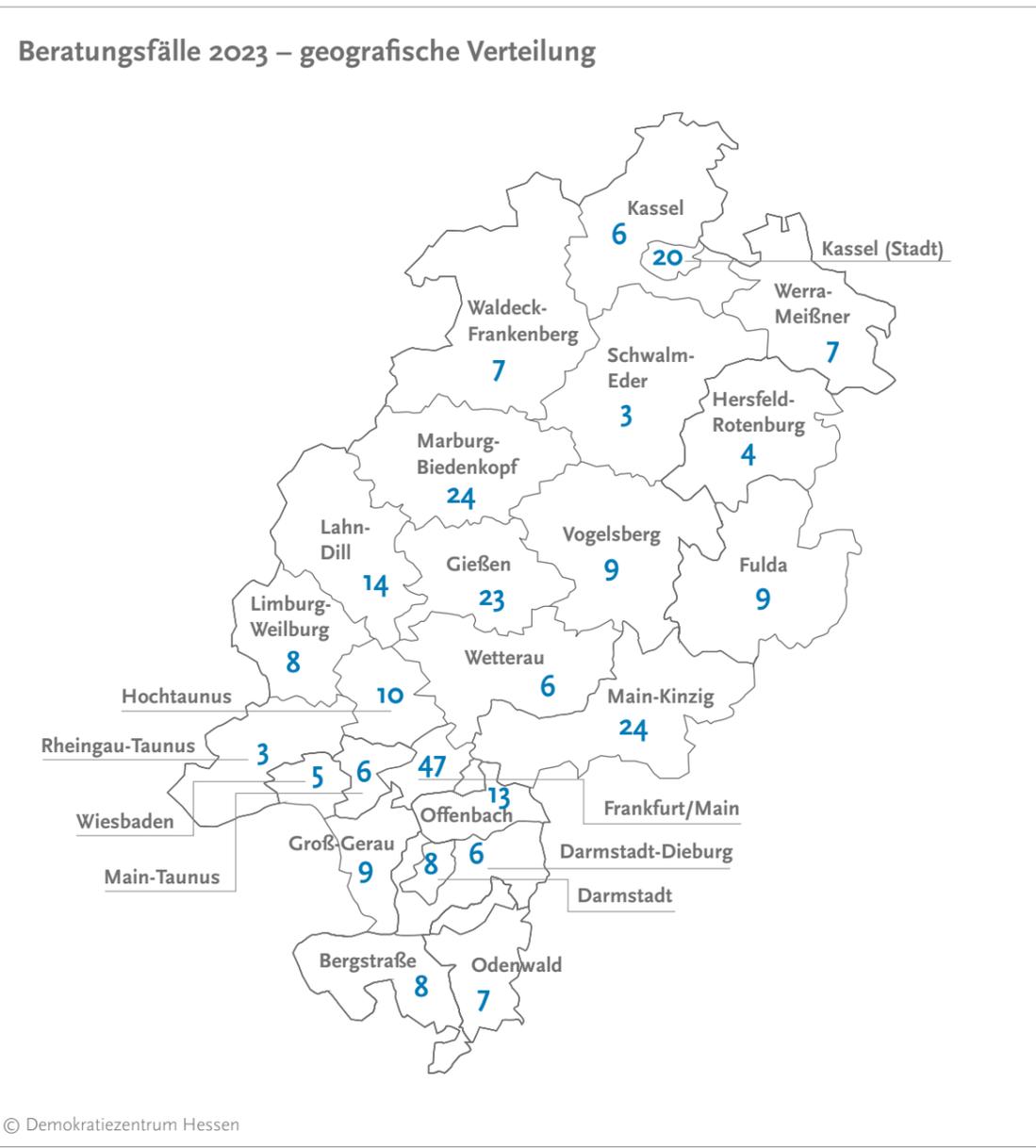
Das sind nur einige von vielen unterschiedlichen Beispielen und Fragen, warum sich Menschen 2023 an das Beratungsnetzwerk wandten. In allen Fällen ging es darum, den Hilfesuchenden vor Ort direkt, schnell, professionell und vertraulich sowie kostenfrei Rat und Unterstützung zu geben.

⁴ Geschlechterneutrale und mit * gegenderte Bezeichnungen dienen der Anonymisierung der Beratungsnehmer*innen.

3.1.2 Regionale Verteilung der Beratungen

Beratungsanfragen können von Beratungsnehmer*innen direkt an die Teams gestellt werden oder werden vom Demokratiezentrum Hessen je nach regionaler und inhaltlicher Zuständigkeit an die Kolleg*innen weitergeleitet. Wie auch in den letzten Jahren gab es viele Beratungsanfragen in Frankfurt, die hauptsächlich von der Betroffenenberatungsstelle response beantwortet worden sind, aber auch von den Kolleg*innen von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe), die wie die Regional-

stelle Osthessen, ebenso im Main-Kinzig-Kreis aktiv waren. In Kassel (Stadt und Landkreis) war das Mobile Beratungsteam (MBT) Nordhessen beratend tätig, ebenso im Werra-Meißner Kreis. In Mittelhessen berieten Jetzt e.V., die pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus „Rote Linie“ und die freien Berater*innen Hilfesuchende. Die Berater*innen der Regionalstelle Südhessen haben viele Anfragen aus den Landkreisen Bergstraße, dem Odenwaldkreis und Darmstadt-Dieburg bearbeitet.



Karte 1: Beratungsfälle 2023 pro Landkreis in absoluten Zahlen, 11 Fälle aus Gründen des erweiterten Datenschutzes anonym, 3 Fälle außerhalb von Hessen, 7 Landkreisübergreifend (N=307)

Auch der geografische Kontext bezüglich der Ortsgröße wurde in der Fall-Dokumentation näher erfasst. Demnach fanden 2023 die meisten Beratungen in mittelgroßen Städten statt, dann in kleineren Großstädten und Kleinstädten.

Auf welchen geografischen Kontext bezieht sich die Beratung/Unterstützung überwiegend?	Anzahl
Mittelstadt (20.000 EW bis unter 100.000 EW)	81
Kleinstadt (5.000 EW bis unter 20.000 EW)	64
Große Großstadt (ab 500.000 EW)	49
Kleine Großstadt (100.000 EW bis unter 500.000 EW)	49
Landgemeinde (1.000 EW bis unter 5.000 EW)	17
anonym/unbekannt	12
Dörfliches Umfeld (500 bis 1.000 EW)	13
(Land-)Kreis/Gemeindeverband	12
Kreisgebietsübergreifend	5
Bundesländerübergreifend	3
Sonstiges	2

Tabelle 1: Verteilung der Beratungsfälle 2023 nach Ortsgröße (N=307)

3.1.3 Beratungsnehmer*innen

Die Kategorien zur Erfassung und Dokumentation von Beratungsfällen ermöglichen auch einen detaillierteren Blick auf die Gruppe der Beratungsnehmer*innen. Demnach suchten 2023 hauptsächlich Betroffene⁵ (87 Fälle = 24,4%; 2022: 60 Fälle = 24,8%)⁶ und deutlich öfter als im Vorjahr pädagogische Fachkräfte an allgemeinbildenden Schulen (41 Fälle = 11,5%; 2022: 23 Fälle = 9,5%) die Beratung auf, ein Anstieg ist auch bei Verwaltungsmitarbeiter*innen (35 Fälle = 9,8%; 2022: 20 Fälle = 8,3%) erkennbar.

- 5 Durch die in der Angabe und Auswertung fehleranfällige Mehrfachnennung von Kategorien wurden alle Kategorien wieder getrennt ausgewertet, in diesem Fall „Betroffene“ und „Einzelpersonen ohne institutionellen Kontext“.
- 6 Trennung der Kategorien Betroffene und Einzelpersonen für 2022: Betroffene 60 Fälle, 24,8%; Einzelpersonen 13 Fälle, 5,4%

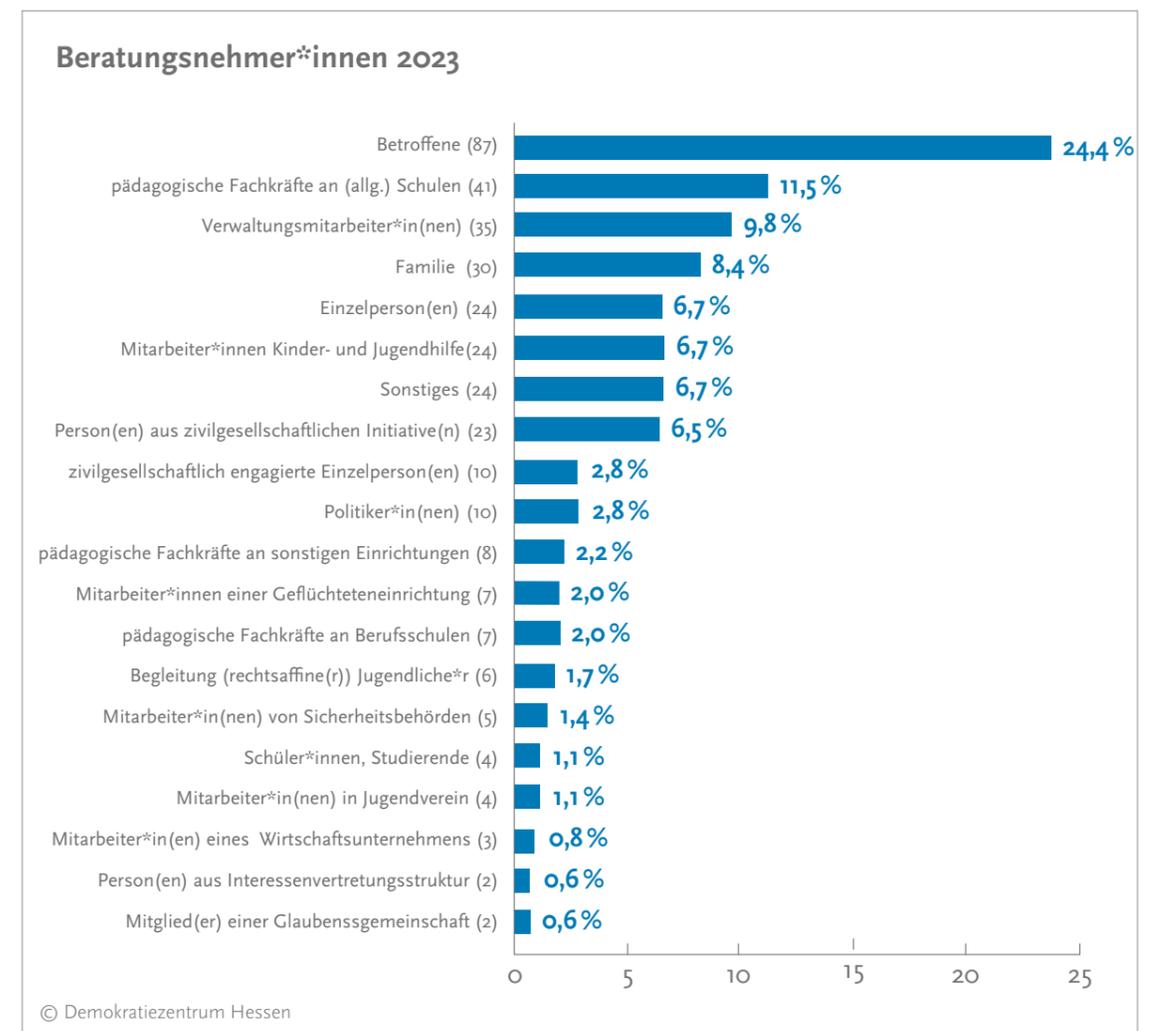
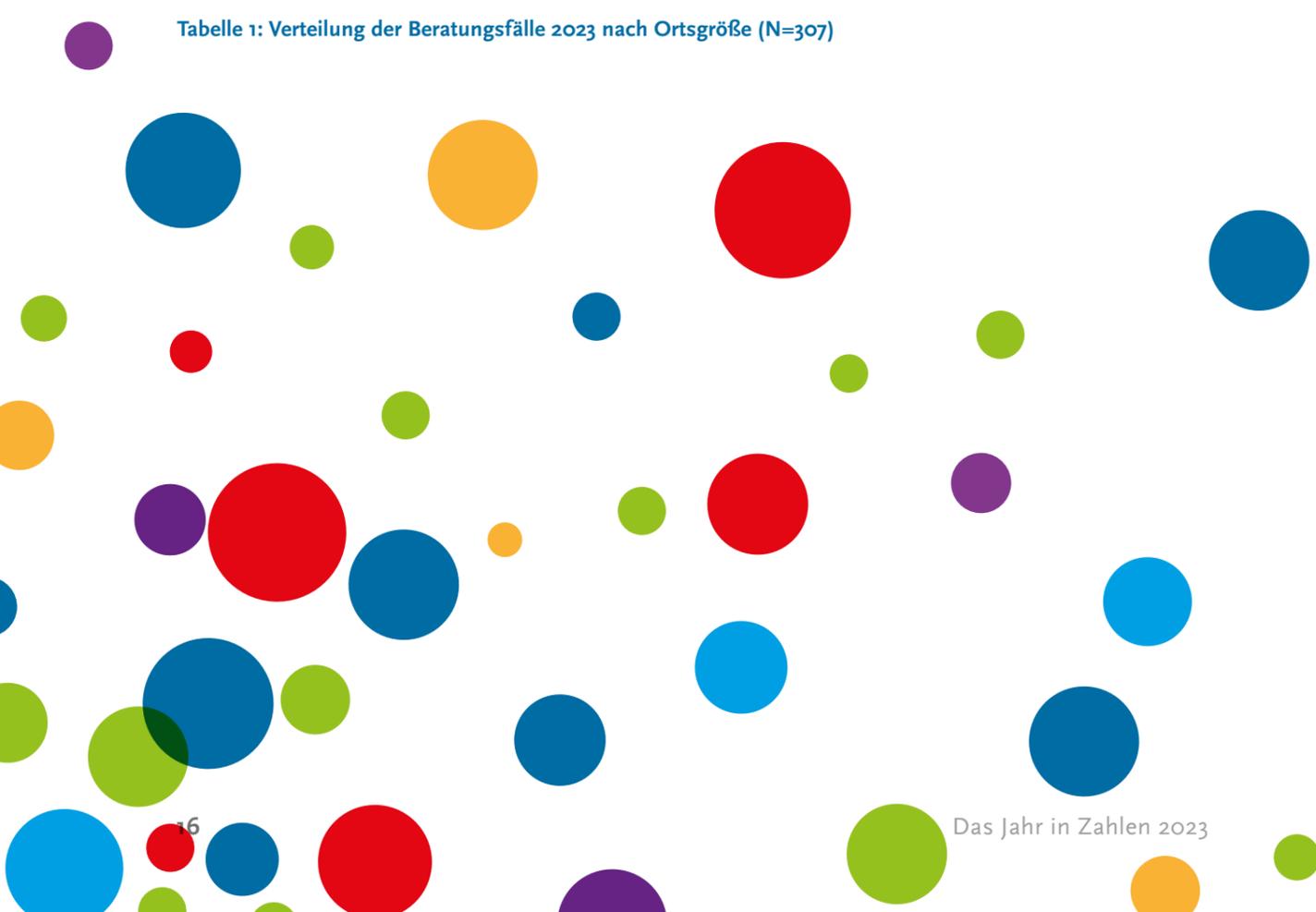


Abbildung 4: Wer wurde beraten? (Mehrfachnennungen möglich; N=356)



Auch die Beratungskontexte wurden eigens erhoben, d. h., worauf bezog sich die Beratung überwiegend? Im Jahr 2023 gab es Beratungsfälle besonders im Kontext von Schulen (58 Fälle = 18,9%; 2022: 38 Fälle = 18,4%), gleichauf mit Fällen aus dem sozialen Nahraum⁷, deren Beratungsanteil mit 57 Fällen 18,6% ausmacht (2022: 38 Fälle = 18,4%), gefolgt von der kommunalen Politik und Verwaltung (34 Fäl-

le = 11,1%; 2022: 24 Fälle = 11,7%). In der Statistik wieder neu hinzugekommen sind religiöse Einrichtungen: Waren es 2022 noch 0 Beratungen, gab es 2023 wieder 5 Fälle (1,6%) mit diesem institutionellen Kontext.

Die folgende Übersicht illustriert die sehr breit gefächerte und heterogene Beratungslandschaft 2023:

7 Sozialer Nahraum = öffentliche Verkehrsmittel, Nachbarschaft, privates Wohnumfeld

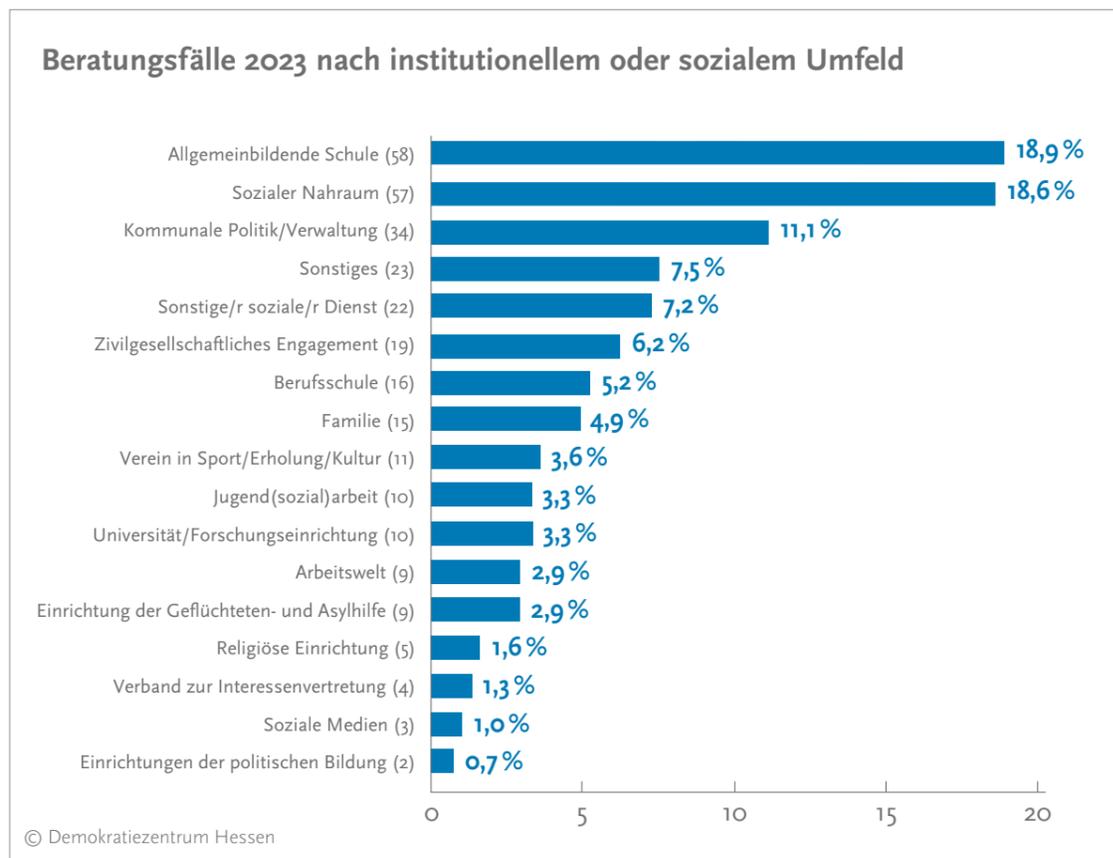


Abbildung 5: Institutioneller Bezug oder soziales Umfeld der Beratung (Einfachnennung; N=307)

3.1.4 Gründe und Anlässe der Beratung

Untersucht man die Anlässe für Beratungsanfragen näher, so können mithilfe des Dokumentationssystems zunächst unterschiedliche „Phänomenbereiche“ dargestellt werden, auf die sich die Beratung bezog. Es zeigt sich, dass erneut vor allem Vorfälle vor dem Hintergrund von Rassismus⁸, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu einer Beratung veranlasst haben, mit deutlichem Anstieg von Beratungen bzgl. Rassismus (143 Fälle = 31,1%; 2022:

89 Fälle = 29,5%). Auch Antisemitismus ist als Phänomenbereich deutlich häufiger in Beratungen behandelt worden, Waren es 2022 noch 12 Fälle (4%), sind es 2023 bereits 33 Fälle mit einem Gesamtanteil von 7,2% gewesen. Ebenso deutlich gestiegen ist die Beratung wegen Muslim*innenfeindlichkeit (28 Fälle = 6,1%; 2022: 9 Fälle = 3%) und Queerfeindlichkeit (23 Fälle = 5%; 2022: 7 Fälle = 2,3%).

8 Aufgrund der in der Angabe und Auswertung fehleranfällige Mehrfachnennung von Kategorien wurden alle Kategorien wieder getrennt ausgewertet, in diesem Fall „Rassismus“ und „Einwanderungsfeindlichkeit“. Zum Vergleich, 2022: 89 Beratungen mit Rassismusbezug, Anteil 29,5%; 2 Beratungen mit Kategorie Einwanderungsfeindlichkeit, Anteil 0,7%.

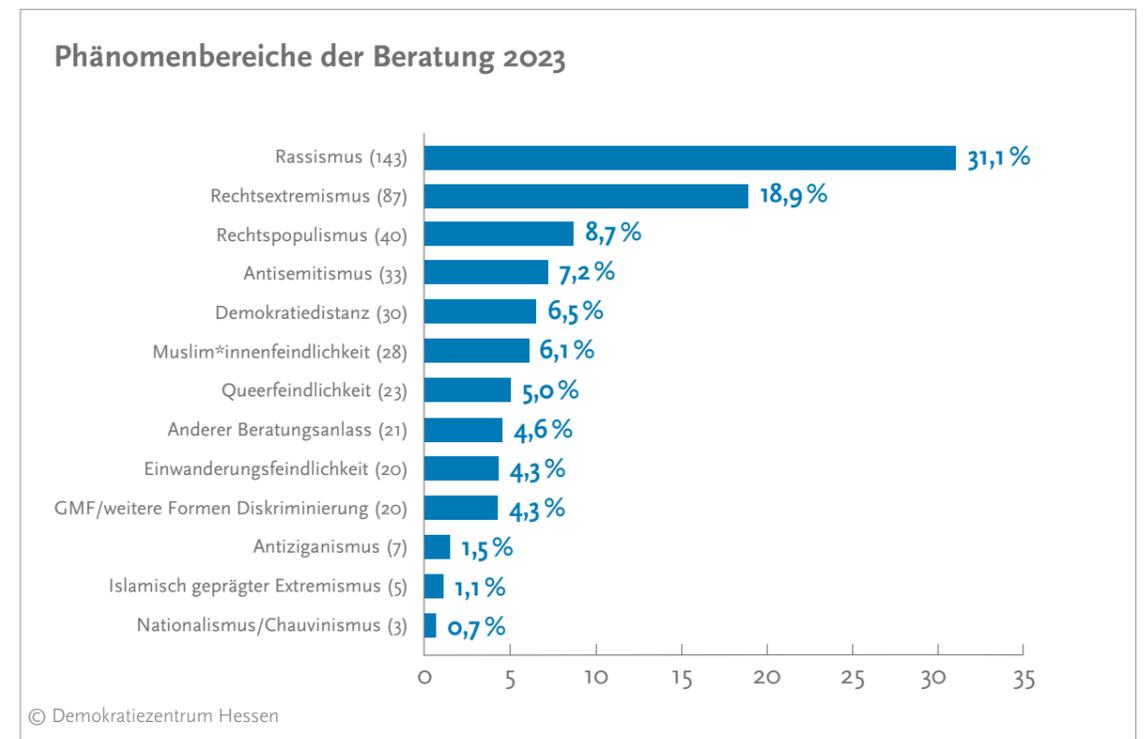


Abbildung 6: Phänomenbereich der Beratungsanfragen (Mehrfachnennungen möglich; N=460)

Rassismus, Rechtsextremismus und die anderen genannten Phänomene, auf die sich die Beratungen hauptsächlich bezogen, zeigen sich im Alltag auf vielfältige Weise, entsprechend unterschiedlich waren auch die konkreten Themen bzw. Gegenstände, die zu einer Beratungsanfrage führten.

Hier gab es drastische Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr: Waren es 2022 noch 57 Beratungsfälle, die als Gegenstand und Anlass das Thema Gewalt

und/oder Bedrohung hatten (Gesamtanteil 20,5%), so sind es 2023 bereits 108 Beratungsfälle (Gesamtanteil 27,1%) gewesen. Von 108 Beratungsfällen mit dem Gegenstand Gewalt/Bedrohung standen u. a. 65 davon in Zusammenhang mit Rassismus, 24 mit Rechtsextremismus, 18 mit Muslim*innenfeindlichkeit, 7 mit Einwanderungsfeindlichkeit, 7 mit Queerfeindlichkeit, 6 mit Antisemitismus⁹.

48 von den genannten 108 Fällen wurden oder werden kontinuierlich beraten.

9 Überschneidungen durch Mehrfachnennung bei Phänomenbereichen möglich.

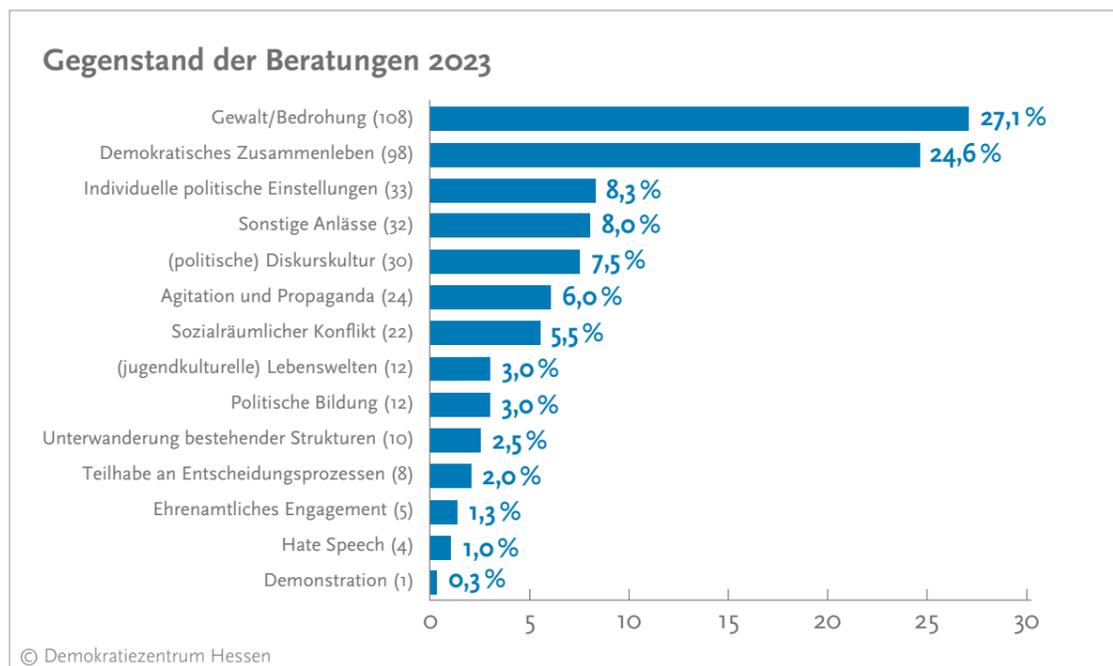


Abbildung 7: Hauptsächlicher Gegenstand der Beratungen 2023 (max. 2 Nennungen möglich; N=399)

3.1.5 Art der Beratungsleistungen

Die Beratungsarbeit ist sehr vielfältig. Die unterschiedlichen Beratungs- und Unterstützungsleistungen des hessischen Beratungsnetzwerks wurden auch für 2023 standardisiert erfasst und verdeutlichen, wie facettenreich das Spektrum der un-

terschiedlichen eingesetzten Methoden für eine gelingende Beratung ist – vom klassischen Beratungsgespräch über Recherchen, Coachings bis hin zu Organisationsentwicklungsprozessen; siehe dazu folgende Tabelle:

Art der Beratungs- und Unterstützungsleistungen 2023	Anzahl
Beratungsgespräch	214
Auskunft/Informationsvermittlung	79
Entwicklung von Handlungsstrategien	42
Verweisberatung	38
Durchführung von Fortbildungen/Workshops/Trainings/Schulungen	32
Recherche/Lageeinschätzung	20
Organisationsentwicklung (z. B. für Bürgerbündnisse/Netzwerke)	17
Projekt-/Maßnahmenentwicklung	14
Durchführung von/Teilnahme an Informations-/Aufklärungsmaßnahmen/-veranstaltungen	11
Sonstiges	9
Koordination und Vernetzung	8
Coaching	5
Krisen-/Konfliktmanagement	3
(Konflikt-)Moderation	1
Reflexion des Beratungs-/Unterstützungsprozesses	1

Tabelle 2: Art der Beratungs- und Unterstützungsleistungen und Angebote 2023 (Mehrfachnennungen möglich; N=494)

3.2 Bildungs- und Präventionsangebote

Während Beratungen anlassbezogen und prozessorientiert verlaufen, handelt es sich bei Bildungs- und Präventionsveranstaltungen oftmals um kurzzeitige und anlassunabhängige Angebote. So kann beispielsweise nach einem rechtsextremen Vorfall an einer Schule ein Fortbildungsworkshop für Lehrer*innen gezielt angefragt werden, die Beratungsteams können aber auch von den unterschiedlichen Zielgruppen für eine Veranstaltung angefragt werden, ohne dass ein konkreter Vorfall Anlass für die Anfrage sein muss.

Seitdem im Jahr 2015 explizit auch Bildungs- und Präventionsangebote in das Aufgabenfeld des Beratungsnetzwerks Hessen aufgenommen wurden, ist deren Anzahl, mit Ausnahme des coronabedingten Einschnitts in den Jahren 2020 und 2021, kontinuierlich gestiegen. So kann von 2021 zu 2022 eine Zunahme um 23,5% von Präventions- und Bildungsveranstaltungen verzeichnet werden, und trotz erhöhter Beratungszahlen konnte auch 2023 die Anzahl an Bildungsangeboten mit 148 durchgeführten Bildungs- und Präventionsveranstaltungen gehalten werden.

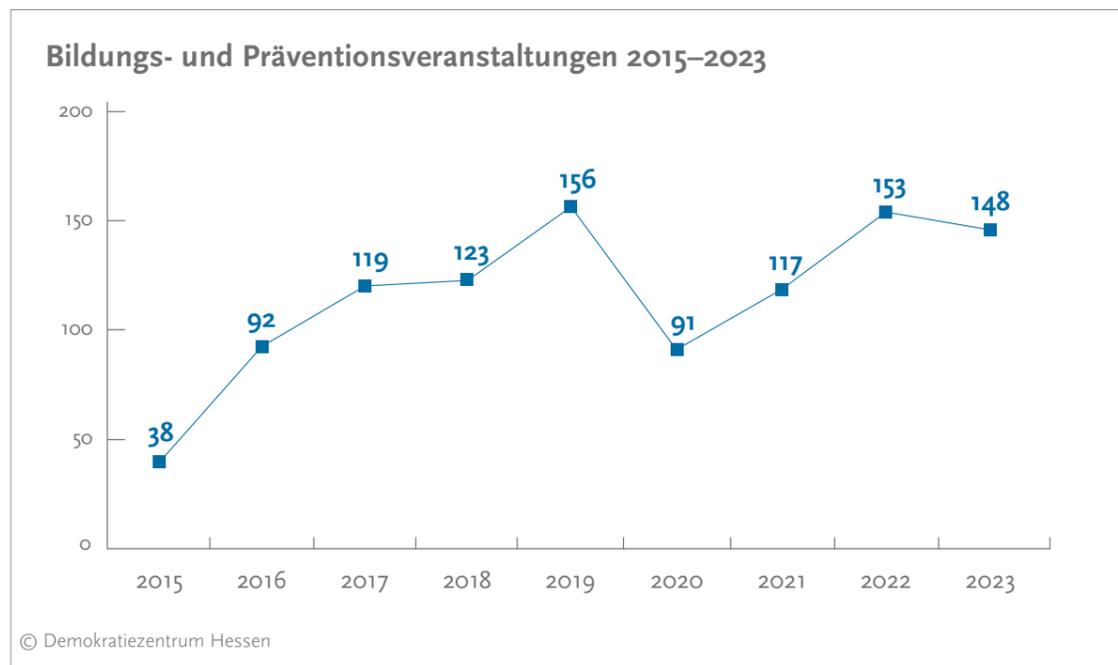


Abbildung 8: leichter Rückgang der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen von 2022 auf 2023

3.2.1 Zielgruppen und Umfeld der Bildungsveranstaltungen

Die hauptsächliche Zielgruppe bei den 148 Bildungsveranstaltungen waren Einzelpersonen und eine interessierte Öffentlichkeit (2023: 24 Fälle = 16%; 2022: 25 Fälle = 16%), Schüler*innen und Berufsschüler*innen (2023: 21 Fälle = 14%; 2022: 28 Fälle = 18%), Mitarbeiter*innen verschiedener Betriebe (2023: 21 Fälle = 14%; 2022: 3 Fälle = 2%), Lehrer*innen (2023: 15 Fälle = 10%; 2022: 11 Fälle = 7%) und

Student*innen (2023: 13 Fälle = 9%; 2022: 14 Fälle = 9%).

Auffällig ist hierbei die deutliche Zunahme von Vorträgen und Workshops im Bereich der Arbeitswelt und ein Rückgang von Bürgerbündnissen als Zielgruppe im Vergleich zum Vorjahr.

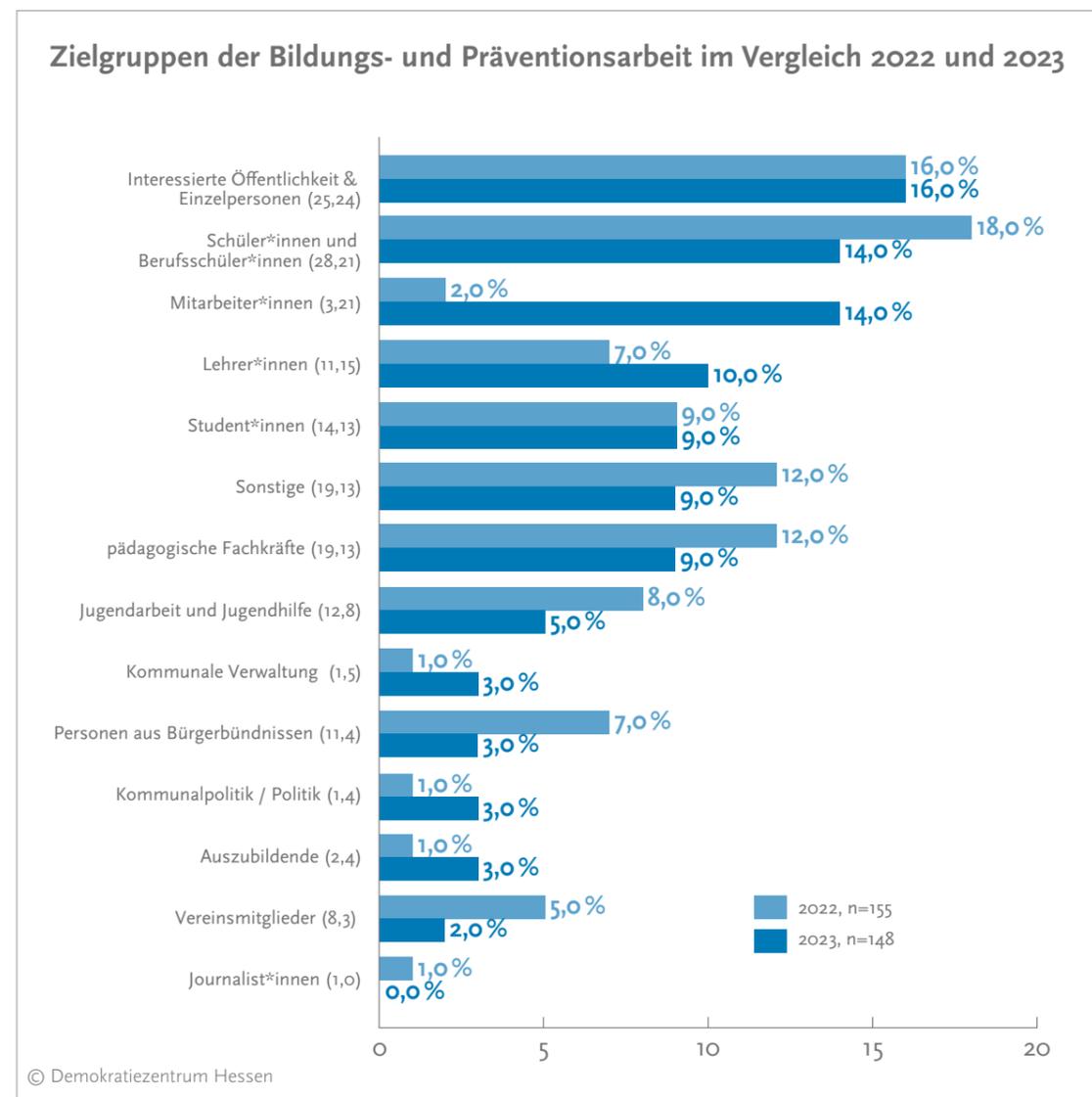


Abbildung 9: Zielgruppen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen im Vergleich 2022 (N=155) und 2023 (N=148), Einfachnennung. Die absoluten Zahlen sind in den Klammern erst für 2022, dann für 2023 genannt.

Exemplarische Fälle der Bildungs- und Präventionsarbeit

Ähnlich wie bei den Beratungsfällen zeigt sich auch bei den Bildungsveranstaltungen eine Spannweite gesellschaftlicher Nachfrage nach Themen, die einem größeren Personenkreis in Form von Vorträgen, Workshops oder Podiumsgesprächen zugänglich gemacht werden sollen. Hier einige Beispiele:

- Eine Kommune will die Prävention vor Rechtsextremismus stärken. Mobile Berater*innen stellen in diesem Zuge ihre Angebote vor, zudem findet ein Fachaustausch statt.
- Vorstellung der Beratungs- und Bildungsarbeit in einem Seminar an einer Hochschule.
- Vortrag zum Thema Demokratie und demokratischem Handeln in Krisenzeiten.
- Fortbildung für Lehrer*innen an einer Schule, an der häufiger rechte Schmierereien auftreten.
- Ein Verband möchte sich zum Thema Rassismus sensibilisieren.

Die Erhebung des Bezugsrahmens der Bildungsveranstaltungen zeigt für 2023, dass in den allgemeinbildenden Schulen (2023: 29 Fälle = 19,6%; 2022: 36 Fälle = 23,5%) etwas weniger Veranstaltungen als im Vorjahr stattfanden, eine deutliche Zunahme ist beim institutionellen Kontext von kommunaler Politik und Verwaltung erkennbar (2023: 20 Fälle = 13,5%; 2022: 7 Fälle = 4,6%), eine leichte Zunahme

me von 2022 zu 2023 gab es auch im Umfeld der Universitäten und Forschungseinrichtungen (2023: 20 Fälle = 13,5%; 2022: 16 Fälle = 10,5%). Eine starke Abnahme von Bildungsveranstaltungen zeigt sich 2023 mit 3 Fällen bei den Einrichtungen der politischen Bildung (Gesamtanteil 2%), denn 2022 waren es noch 14 Veranstaltungen (Gesamtanteil 9,2%).

3.2.2 Art der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Sowohl 2022 als auch 2023 wurden überwiegend Workshops, Schulungen und Fortbildungen durchgeführt (2022: 103 Fälle; 2023: 148 Fälle); im Ver-

gleich zum Vorjahr wurden 2023 jedoch deutlich mehr Vorträge gehalten, d. h. auch eine größere Anzahl von Personen erreicht.

Formate der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen	2022	2023
Workshop/Schulung/Fortbildung	103	87
Vortrag	22	37
(Podiums-)Diskussion, Fachgespräch	16	13
Sonstiges	14	11
	155	148

Tabelle 3: Bildungs- und Präventionsformate 2022 (N=155) und 2023 (N=148) im Vergleich, Einfachnennung

3.2.3 Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Vergleicht man die Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen aus den Jahren 2022 und 2023 (hier in absoluten Zahlen), ist deutlich, dass Rechtsextremismus, Rassismus, Demokratie, Dis-

kriminierung und „Handlungsstrategien gegen rechts“ immer noch am häufigsten angefragt und Angebote dazu durchgeführt werden.

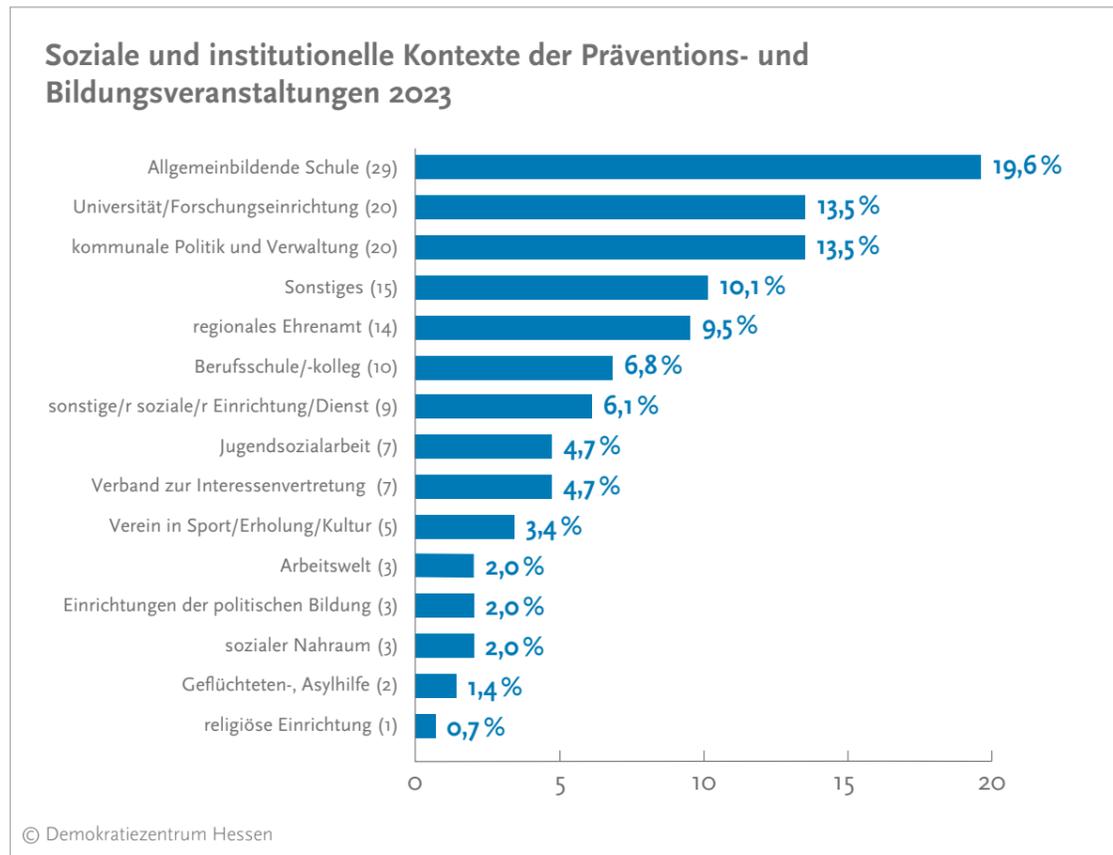


Abbildung 10: institutionelles oder soziales Umfeld der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2023 (N=148), Einfachnennung

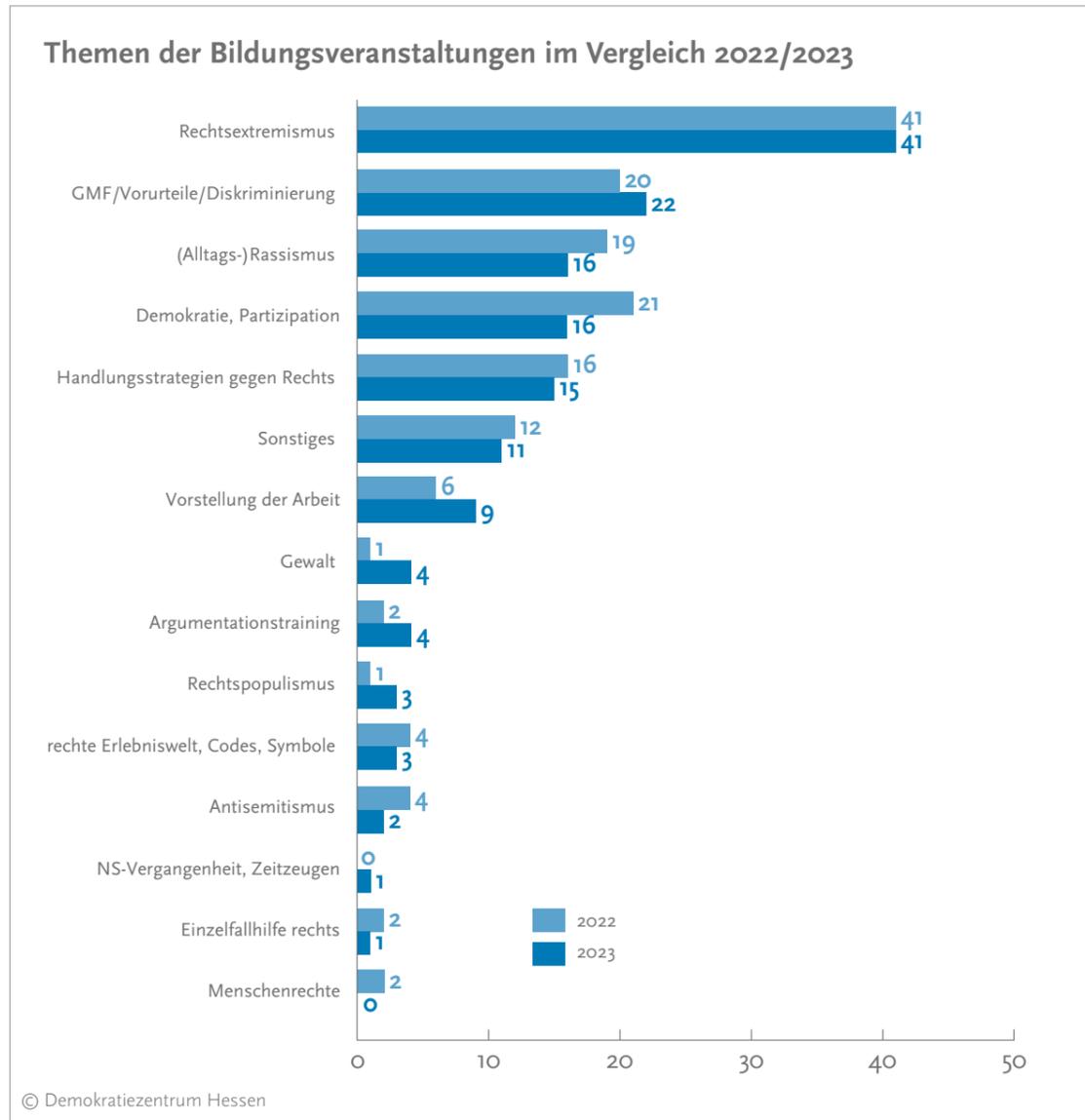


Abbildung 11: Phänomenbereich der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2022 (N=155) und 2023 (N=148) im Vergleich, Einfachnennung

3.2.4 Regionale Verteilung nach Landkreisen

Die folgende Landkarte der Verteilung der Bildungs-, Informations- und Präventionsangebote 2023 zeigt, dass hessenweit nahezu flächendeckend Maßnahmen nachgefragt wurden, vor allem in Mittelhessen, also Marburg-Biedenkopf (17), Gießen (10) und Lahn-Dill-Kreis (8), aber auch landkreisübergreifend (16) mit

vielen überregionalen Angeboten, teils online. Frankfurt (14), wo u. a. das Team der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) tätig ist und Kassel (12), der Sitz des Mobilen Beratungsteams (MBT) Nordhessen, hatten ähnlich wie im Jahr zuvor ein dichtes Angebot an Vorträgen und Workshops.



Karte 2: Verteilung der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen nach Landkreisen (absolute Zahlen), 16 Angebote fanden landkreisübergreifend statt, 4 Veranstaltungen wurden als anonym angegeben oder keinem Landkreis zugeordnet

Auch der geografische Kontext bezüglich der Ortsgröße wurde in der Fall-Dokumentation näher erfasst. Demnach fanden 2023, wie auch in 2022, die meisten Bildungs-, Informations- und Präventionsveranstaltungen in Mittelstädten statt, die kreisgebietsübergreifenden Veranstaltungen gingen deutlich

zurück (2023: 13; 2022: 34), dafür stieg die Veranstaltungszahl in Kleinstädten (2023: 27; 2022: 17) und kleinen Großstädten (2023: 23; 2022: 10) deutlich, sicherlich auch, weil, anders als im Jahr 2022, Präsenzveranstaltungen wieder normal wurden.

Auf welchen geografischen Kontext bezogen sich die Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2023 überwiegend?	Anzahl
Mittelstadt (20.000 EW bis unter 100.000 EW)	47
Kleinstadt (5.000 EW bis unter 20.000 EW)	27
kleine Großstadt (100.000 EW bis unter 500.000 EW)	23
kreisgebietsübergreifend	13
große Großstadt (ab 500.000 EW)	12
(Land-)Kreis/Gemeindeverband	11
bundesländerübergreifend	9
Landgemeinde (1.000 EW bis unter 5.000 EW)	4
dörfliches Umfeld (200 bis 500 EW)	1
dörfliches Umfeld (500 bis 1.000 EW)	1

Tabelle 4: Verteilung der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2023 nach Ortsgröße

4. ÜBERBLICKS- AUSWERTUNG DER MONITORING- BERICHTE 2023

ABNEHMENDE PROTESTE GEGEN CORONA-MAßNAHMEN, DAFÜR RÜCKT DAS THEMA MIGRATION IN DEN FOKUS



MONITORING-BERICHT

Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus in Hessen

Vorbemerkungen

Wo und wie macht sich die „rechte Szene“ in Hessen bemerkbar? Wann und wo gab es Vorfälle oder Hinweise auf rechtsextreme, rassistische, antisemitische und andere menschenfeindliche Aktivitäten und Auffälligkeiten? Dazu stellt das Demokratiezentrum Hessen regelmäßig sogenannte Monitoring-Berichte zusammen, um permanent eine aktuelle Bestandsaufnahme von Vorfällen und Ereignissen im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus in Hessen sowie einen laufenden Überblick zu erhalten. Die Monitoring-Berichte dienen auch der täglichen Arbeit im Beratungsnetzwerk, um evtl. im Bedarfsfall auf Betroffene zuzugehen und ggf. Beratung anzubieten oder über die ermittelnden Polizeidienststellen und Sicherheitsbehörden den Betroffenen Informationen über weitere Angebote zukommen zu lassen.

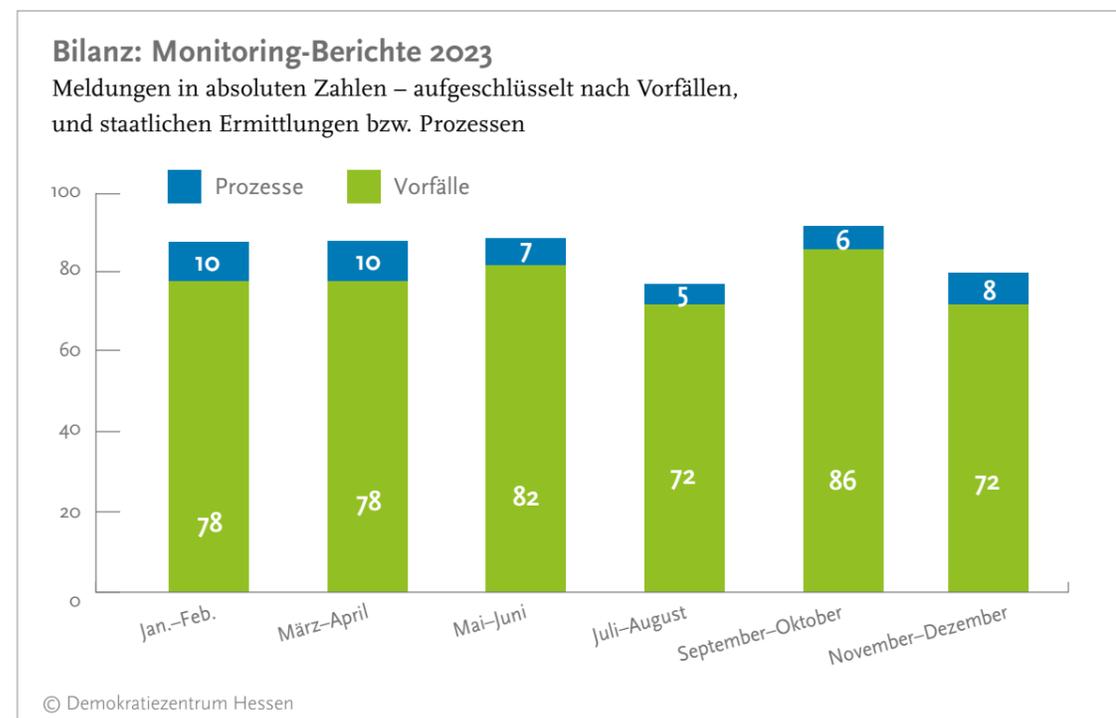
Die chronologisch geordneten Monitoring-Berichte dokumentieren unterschiedliche Vorkommnisse in einem bestimmten (zweimonatlichen) Zeitraum im Bereich Rechtsextremismus und aus dem rechten Milieu sowie damit einhergehende antidemokratische und menschenfeindliche Vorfälle in Hessen und berücksichtigen z. B. Vorkommnisse und Meldungen im Bereich Rassismus und Antisemitismus sowie allgemein gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Hinzu kommt ein eigenes Kapitel mit Meldungen zu diesbezüglich erfolgten staatlichen Ermittlungen und Gerichtsprozessen. Grundlage der Monitoring-Recherchen sind öffentlich zugängliche, offizielle und selbst recherchierte Quellen – wie Polizeiberichte, Presse- und Medienberichte, Internetpräsenzen und Beiträge in sozialen Netzwerken.

Die Monitoring-Berichte erscheinen in regelmäßigen Abständen – alle zwei Monate, sechs Mal im Jahr. Die Berichte, die nur als Online-Ausgaben erstellt werden (nicht als gedruckte Exemplare), werden regelmäßig auf der Website des Demokratiezentrums veröffentlicht und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Recherchiert und erstellt werden die Monitoring-Berichte vom Frankfurter Medienbüro „achtsegel.org“ im Auftrag des Demokratiezentrums Hessen im „Be-

ratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. Die verwendeten Quellen sind im jeweiligen Monitoring-Bericht unter bzw. neben den einzelnen Texten transparent und nachvollziehbar angegeben. Die Monitoring-Sammlungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit!

Hier folgt eine zusammenfassende Jahresbilanz unserer Monitoring-Berichte im Jahr 2023 mit den wichtigsten Eckpunkten:



Monitoring-Zahlen im Überblick

In den sechs Monitoringberichten im Jahr 2023 wurden insgesamt 514 Meldungen dokumentiert (2022 waren es 541 Meldungen). Von diesen entfielen 468 auf extrem rechte Aktivitäten oder Vorfälle mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (2022: 442), während sich 46 auf gerichtliche Prozesse oder Ermittlungen bezogen (2022: 95). Unter den im Jahr 2023 registrierten Meldungen waren 163 Vorfälle mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit; sie unterteilten sich wie folgt: 61 antisemitische Vorfälle, 56 rassistische Vorfälle, 19 homosexuellenfeindliche Vorfälle, 16 Vorfälle von antimuslimischem Rassismus

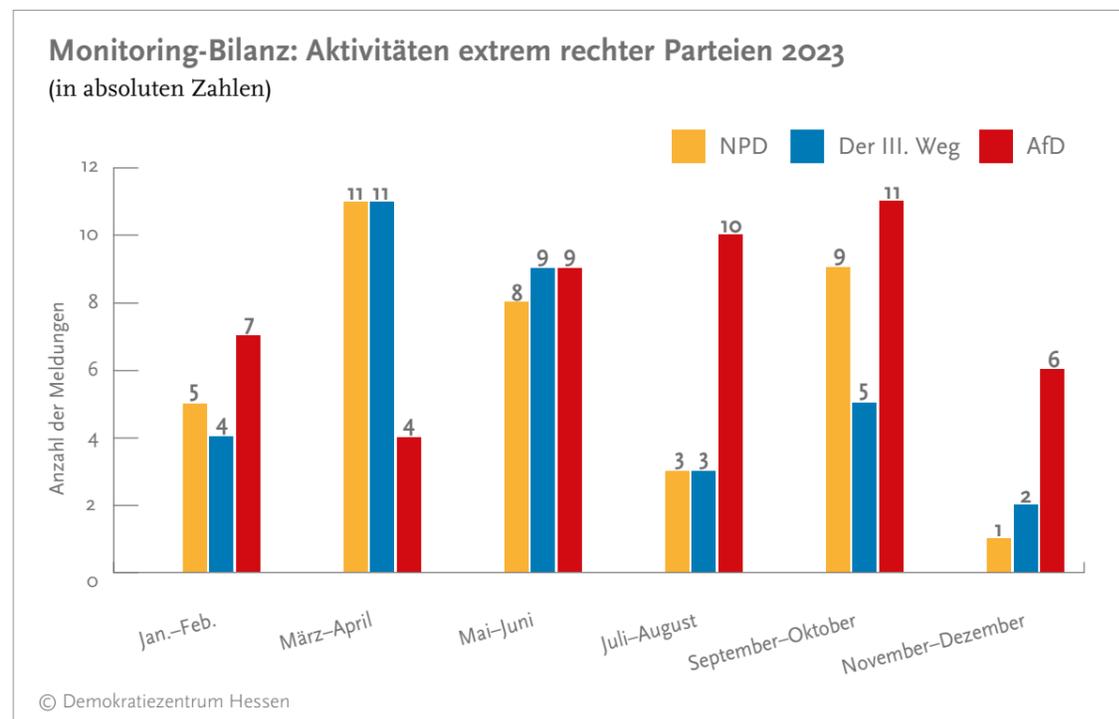
sowie sechs transfeindliche Vorfälle, vier antiziganistische Vorfälle und ein Vorfall, der gegen Obdachlose gerichtet war. Bei den restlichen Meldungen extrem rechter Vorkommnisse handelt es sich unter anderem um Hakenkreuzschmierereien, Äußerungen von Parolen oder rechtsextremistische Gesten, rechtsextreme Aufkleber, Aktivitäten/Veranstaltungen von rechtsextremen Parteien und Gruppierungen usw. Die Kategorien sind jedoch nicht exklusiv und teilweise überlappend.

Grundsätzlich ist zu betonen, dass das Monitoring nur öffentlich bekannte Vorfälle aus Polizeimeldungen, Medien oder Social-Media-Beiträgen sowie verifizierte Hinweise erfasst, die an die Redaktion weitergeleitet wurden, und es anzunehmen ist, dass die tatsächliche Anzahl von Vorfällen höher liegt (hohe Dunkelziffer).

Inhaltlich lässt sich bilanzierend feststellen, dass mit der erreichten Beendigung der Pandemie im Berichtszeitraum 2023 auch die Aktivitäten der Coronamaßnahmegegner*innen stark abgenommen haben. Im Vergleich zu den 89 Meldungen im Jahr 2022, gab es 2023 nur noch 26 Meldungen. Das diesbezügliche vorübergehend eingeführte Unterkapitel in unserem zweimonatlichen Monitoring-Bericht wurde dadurch überflüssig und Mitte des Jahres gestrichen.

Auffällig war dagegen die Zunahme flüchtlingsfeindlicher Aktivitäten, sowohl von parteimäßigen als auch von nicht- oder anderweitig organisierten Rechtsextremen; das Thema Migration rückte zunehmend ins Bewusstsein und war vermehrt Gegenstand extrem rechter Vorfälle.

Auch die Anzahl antisemitischer Vorfälle ist im Vergleich zu 2022 (54 Vorfälle) leicht angestiegen. Dabei hat sich hier der Zusammenhang stark verschoben: Fanden antisemitische Äußerungen und Vorfälle 2022 häufig im Rahmen von Corona-Protesten statt, so hatten 2023 viele Vorfälle einen Bezug zum Krieg in Israel und Gaza, der nach dem Hamas-Überfall im Oktober aufflammte und eine breite Welle von Antisemitismus in den Folgemonaten bis heute nach sich zieht.



Extrem rechte Parteien im Jahr 2023

Von den in Hessen aktiven extrem rechten Parteien nahm nur die AfD an der hessischen Landtagswahl am 8. Oktober 2023 teil. Die AfD erzielte dabei einen Stimmenanteil von 18,4 Prozent und errang 28 Sitze im Landtag, was einem Anstieg von 5,3 Prozent im

Vergleich zur vorherigen Landtagswahl vor fünf Jahren entspricht. Dies stellt das bisher höchste Ergebnis der AfD bei Landtagswahlen in westdeutschen Bundesländern dar.

Sascha Herr, der über Listenplatz 27 in den Landtag

einzog, hat die AfD nicht in ihre Fraktion aufgenommen, nachdem weitere Hinweise auf dessen Kontakte in die Neonazi-Szene aufgetaucht waren. Herr ist inzwischen aus der Partei ausgetreten und sitzt nun als parteiloser Abgeordneter im hessischen Landtag. Die AfD selbst wird seit September 2022 vom hessischen Landesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremem Verdachtsfall geführt. Eine Klage der Partei dagegen wurde am 14. November 2023 vom Wiesbadener Verwaltungsgericht abgewiesen.

Zu anderen Parteien aus dem rechtsextremen Spektrum: Auch wenn sie nicht an den o. g. Wahlen teilgenommen haben, sind die extrem rechten Kleinparteien NPD und „Der III. Weg“ weiterhin in Hessen

aktiv. Am 13. Mai 2023 veranstaltete die NPD einen Netzwerktag ihrer Parteizeitschrift „Deutsche Stimme“ in Altenstadt in der Wetterau, an dem etwa 60 Personen teilnahmen. Auf ihrem Bundesparteitag am 3. Juni 2023 im sächsischen Riesa nannte sich im Übrigen die NPD im zweiten Anlauf in „Die Heimat“ um. Im Vorfeld der hessischen Landtagswahl rief die Partei ihre Anhänger*innen dazu auf, die AfD zu wählen.

„Der III. Weg“ gründete im März 2023 eine neue regionale Untergliederung in Nordhessen unter dem Namen „Stützpunkt Kurhessen“. Bei der Untergliederung soll es personelle Überschneidungen zu der am 16. April 2023 aufgelösten rechtsextremen Gruppierung „Scheiteljugend Kassel“ geben.

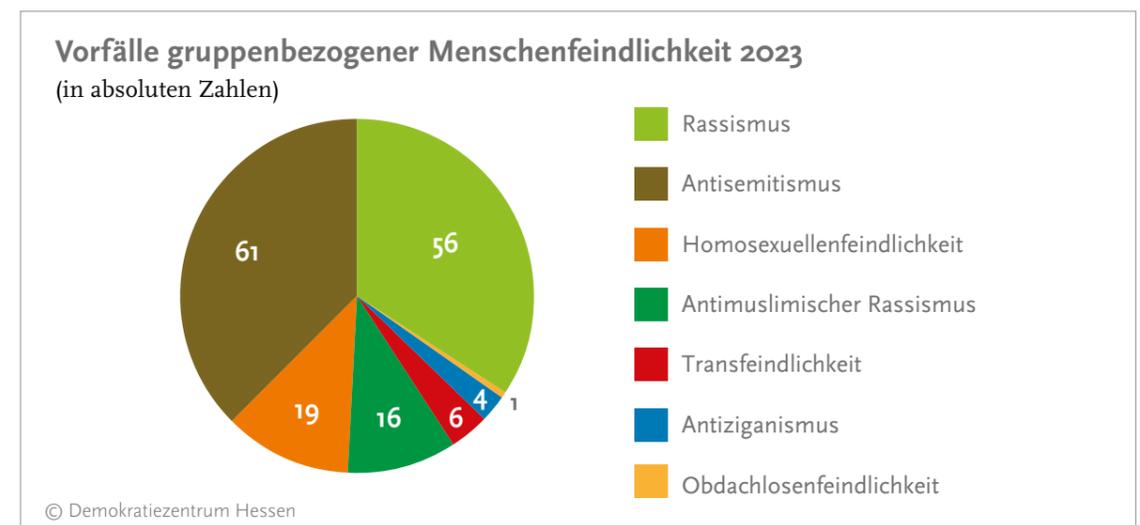
Aktivitäten von Reichsbürgern und sogenannte Selbstverwaltern

Die Reichsbürgerszene hatte in den Corona-Jahren starken Zulauf und ist weiterhin sehr aktiv. Anfang 2023 betrieben Anhänger*innen der Gruppe „Königreich Deutschland“ ein Ladenlokal im Frankfurter Stadtteil Riederwald. Nach Protesten im Stadtteil und einer Räumungsklage durch die Frankfurter Wohnungsbaugesellschaft ABG räumte die Gruppe um David E. das Lokal Ende April 2023. Weitere Reichsbürgergruppierungen wie „Indigenes Volk der Germaniten“ und „Vaterländischer Hilfsdienst“ hielten im vorigen Jahr Treffen und Veranstaltungen in Hessen ab.

Am 10. Oktober 2023 wurde ein 61-jähriger Mann aus Gornheimertal im Odenwald im Zusammen-

hang mit Ermittlungen gegen die Reichsbürgergruppe „Vereinte Patrioten“ festgenommen. Die „Vereinten Patrioten“ sollen unter anderem geplant haben, den Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zu entführen.

Das ganze Jahr hindurch liefen Ermittlungen gegen die Reichsbürgergruppe „Patriotische Union“ um den am 12. Dezember 2022 verhafteten Frankfurter Geschäftsmann Heinrich Prinz Reuß. Die Bundesanwaltschaft erhob im Dezember 2023 Anklage wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung, Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und Verstößen gegen das Waffenrecht.



Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Seit Anfang 2023 machten extrem rechte Gruppierungen verstärkt Stimmung gegen Geflüchtete. In Hessen kam es in den ersten Monaten des Jahres vermehrt zu flüchtlingsfeindlichen Protesten, bei denen auch die Parteien AfD, NPD, „Der III. Weg“ und „Freie Liste Biblis“ eine mobilisierende Rolle spielten. Zudem kam es 2023 zu mehreren versuchten und vollendeten Brandstiftungen gegen Flüchtlingsunterkünfte oder Orte, die als Flüchtlingsunterkünfte vorgesehen waren. In der Nacht vom 29. auf den 30. April 2023 brannte eine noch unbewohnte Flüchtlingsunterkunft auf einem Sportgelände in Roßdorf. Am 25. Oktober gab es eine Brandstiftung an einem ehemaligen Hotel in Herborn, für das eine Unterbringung von Geflüchteten diskutiert wurde. Ein 38-Jähriger erlitt lebensbedrohliche Brandverletzungen. Im Erdgeschoss wurden mehrere aufgesprühte Symbole und Parolen entdeckt, darunter ein Hakenkreuz. Am 15. Dezember wurde in Solms eine Mülltonne in Brand gesteckt. Eine Flüchtlingsunterkunft, die sich in einer Entfernung von einigen Metern befindet, wurde nicht beschädigt.

Gerichtsprozesse

Im Februar 2023 fand ein Prozess gegen Mitglieder der rechten Burschenschaft „Germania Marburg“ statt, wegen des Angriffs auf ein Mitglied der Burschenschaft „Frankonia“ sowie eines Einbruchs in deren Haus. Nicolas K. wurde wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu einer achtmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Weitere Angeklagte wurden freigesprochen, da die Angreifer nicht zweifelsfrei identifiziert werden konnten.

Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und des darauffolgenden Kriegsausbruchs kam es zu einer großen Anzahl an antisemitischen Vorfällen in Hessen. Zahlreiche israelische Flaggen, die in Solidarität mit den Opfern des Terroranschlags gehisst worden waren, wurden abgerissen, Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus wurden beschädigt, und es gab immer wieder antisemitische Graffiti. Am 18. Oktober 2023 griffen zwei Unbekannte einen Mann mit israelischer Staatsbürgerschaft in dessen Wohnung in Gießen an. Der Mann erlitt dabei Prellungen.

2023 wurde auch eine ganze Reihe an Vorfällen von antimuslimischem Rassismus registriert. Am 21. April gab es eine Bombendrohung gegen ein muslimisches Zuckerfest im Marburger Georg-Gaßmann-Stadion. Ditib-Moscheen in Hessen, aber auch in anderen Bundesländern, erhielten eine Serie von Drohschreiben. Sie enthielten Hakenkreuze, Bezüge zur rechtsextremen Drohschreiben-Serie „NSU 2.0“ und das Bild des rassistischen Attentäters von Hanau.

Am 8. Mai 2023 wurde der 21-jährigen Marvin E. aus Spangenberg vom Oberlandesgericht Frankfurt wegen versuchter Gründung einer terroristischen Vereinigung und Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zu einer Jugendstrafe von drei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Marvin E. hatte den Versuch, einen hessischen Zweig der rechtsextremen Terrororganisation „Atomwaffen Division“ (AWD) zu gründen, gestanden. Zudem soll er fest entschlossen gewesen sein, einen Anschlag mit Rohrbomben zu verüben.

5. DAS JAHR 2023 FÜR DIE RECHERCHE- UND INFORMATIONSTELLE ANTISEMITISMUS HESSEN (RIAS HESSEN)

Rückblicke auf 2022

RIAS Hessen begann 2023 mit einem Rückblick auf die documenta fifteen 2022 und veröffentlichte am 23. Februar 2023 einen Essayband zur Kunstschau in Kassel. Wir hatten den Kunst- und Kulturbetrieb, Hochschulen und den israelbezogenen Antisemitismus, den Post-Shoah-Antisemitismus im Blick. Ebenso thematisierte RIAS Hessen den antisemitischen Diskurs, der Israel als angeblich kolonialistisches Projekt, das auf dem Land der Palästinenser angesiedelt sei, abschaffen möchte. Im Mai 2023 erschien auch noch ein Monitoringbericht zur documenta fifteen.

Veranstaltungen 2023

Bereits zum 27. Januar hatte RIAS Hessen in Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden eine Filmvorführung organisiert, um an den Tag der Befreiung von Auschwitz zu erinnern. Gemeinsam mit dem Bundesverband RIAS e. V. stellte RIAS Hessen Ende Februar 2023 deren Publikation „Das bringt einen in eine ganz isolierte Situation. Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland 2017 bis 2020“ in der Jüdischen Gemeinde Frankfurt vor. Auch kam es vermehrt zu Anfragen an RIAS Hessen, an Diskussionen zu Antisemitismus teilzunehmen. Ein wichtiger Termin war ein Vortrag von Dr. Susanne Urban im Juni 2023 an der FU Berlin, den die Antisemitismusforscherin Prof. Monika Schwarz-Friese organisiert hatte; das Thema: „Antisemitismus in der Erinnerung an die Shoah. Wie Überlebende und Nachfahren über Antisemitismus berichten“.

Die online durchgeführten RIAS-„Werkstattgespräche“ im Mai 2023 zu Antisemitismus als strukturellem Problem in Kultureinrichtungen lebten vor allem von den pointierten Ausführungen von Marina Chernivsky (Leiterin des Kompetenzzentrums antisemitismuskritische Bildung und Forschung, <https://zwst-kompetenzzentrum.de/>).

Im August 2023 stellten wir den RIAS-Jahresbericht 2022 im Sara Nussbaum Zentrum in Kassel vor. Das Medieninteresse war groß.

Im September stellten sich die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus Rheinland-Pfalz, die Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz (m*power) und der Bundesverband RIAS e. V. gemeinsam mit RIAS Hessen in Mainz vor, um Menschen auf diese Melde- und Informationsmöglichkeiten aufmerksam zu machen und auch, um einen solidarischen Schulterschluss zu zeigen.

Im Rahmen des Austauschs mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) wurden Einladungen ausgesprochen; RIAS Hessen konnte in Polizeipräsidien sowie an der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit Vorträge und Workshops anbieten. Das ist wertvoll, um die jeweils andere Perspektive kennenzulernen und auch in Polizei und Behörden für Antisemitismus zu sensibilisieren.

Meldungen und Monitoring 2023

Die Meldungen für 2023 liefen in etwa vergleichbar zu 2022 ein, und doch war bereits früh ein Anschwellen von Antisemitismus zu spüren, es gab immer mehr Vorfälle an Hochschulen. Dann aber kam der 7. Oktober 2023: Die Terrororganisation Hamas stürmte in Israel Kibbuzim und Häuser, mordete und vergewaltigte, verschleppte mehr als 200 Menschen. Weltweit brach als Reaktion daraufhin nicht eine breite Solidaritätswelle für Israel, für Jüdinnen und Juden los, sondern es baute sich vielmehr eine antisemitische Welle auf. Die jüdische Community auch in Hessen war und ist zutiefst betroffen davon. Das Sicherheitsempfinden ist ebenso beeinträchtigt wie das Gefühl, nicht mehr willkommen, nicht mehr Teil der Gesellschaft zu sein. RIAS Hessen sagte aus Sicherheitsgründen eine Präsenzveranstaltung im November 2023 an der Uni Frankfurt ab.

Das Meldeaufkommen in Hessen war von Oktober bis Ende Dezember 2023 massiv, wie bei allen RIAS-Stellen im Bundesgebiet. Der im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft der RIAS-Stellen seit dem 7. Oktober 2023 in regelmäßigen Abständen stattfindende Austausch war und ist wichtig – professionell und menschlich. Miteinander war das Durchhalten möglich.

Der Jahresbericht 2023 wird zu den Zahlen Auskunft geben, online, auf der Website von RIAS Hessen. In diesem Jahresbericht werden Analysen und Schwerpunktkapitel nachzulesen sein, u. a. zu Bildungseinrichtungen.

Zuletzt noch ein Hinweis: Es gab personelle Veränderungen; seit dem 1. November 2023 ist Leonie Nützl neue wissenschaftliche Mitarbeiterin bei RIAS Hessen und bildet nun gemeinsam mit der Projektleitung Dr. Susanne Urban das Team, das RIAS Hessen durch diese schweren Zeiten steuert.

Informationen und Kontakt:

➤ www.rias-hessen.de

➤ https://www.instagram.com/rias_hessen/

Dr. Susanne Urban und Leonie Nützl, M.A.

Rechtsextremismus im Umfeld Schule

Beratungsmöglichkeiten und Bildungs- und Präventionsangebote in Hessen



Foto: pixabay

Rechtsextreme Stimmungen und kursierendes Propagandamaterial an einer Schule, menschenverachtende Chats in Klassen-WhatsApp-Gruppen, Online-Mobbing und Hate Speech oder vermehrte Diskriminierungs- und Rassismusevorfälle im und außerhalb des Klassenzimmers werden zu einem immer häufiger auftretenden Problem. Wie soll man damit umgehen, und was kann man dagegen tun? Wie kann man vorbeugen?

Dazu bietet das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ mit dem Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg als zentrale Koordinierungs-, Fach- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks professionelle Beratungshilfe sowie vielfältige Bildungsmaßnahmen zum Thema an. Und die Nachfrage danach ist durchgängig hoch. Deshalb wollen wir in diesem Kapitel etwas näher darauf eingehen und als kleiner Service eine praktische Übersicht über diesbezügliche Beratungs- und Bildungsangebote in Hessen geben (Auswahl).

Sonderbereich Schule

Das Beratungsfeld „Schule“ ist komplex, denn dort sind verschiedene Personengruppen involviert: neben Lehrerinnen und Lehrern, der Schulleitung und Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern vor allem Schülerinnen und Schüler sowie Eltern. Entsprechend vielfältig sind die potenziellen Probleme und Interessen – und mögliche Lösungs- und Hilfsangebote.

6. THEMENSCHWERPUNKT SCHULE

Beratung, Bildung und Prävention gegen Rechtsextremismus

Die Beratung an Schulen zielt darauf ab, den verantwortlichen Akteur*innen neue Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen, um sie zu einem eigenen und selbstbewussten Umgang mit dem Problem von Rechtsextremismus, Rassismus oder Diskriminierung zu ermutigen. Ziel der Beratung ist es, die Beteiligten – Lehrerinnen und Lehrer wie auch Schülerinnen und Schüler – zu befähigen, gemäß dem

öffentlichen Auftrag handlungsfähig zu bleiben. Daneben sind Informationen und Sensibilisierung wie auch die strukturelle und inhaltliche Unterstützung von Schülerinitiativen gegen Rechtsextremismus oft Teil der Beratung. Zudem kann die Vernetzung mit Akteur*innen der Kommune unterstützend und entlastend sein.

Spezielle Beratungsangebote für Schulen in Hessen

Vor Ort aufsuchend, vertraulich und kompetent beraten und helfen mobile Beraterinnen und Berater des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ Schulen, Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern bei Vorfällen von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus oder anderer Diskriminierung. Dazu bieten in Hessen verschiedene Trägerorganisationen und -vereine gezielte Beratung an. Eine Auswahlliste von Anlaufstellen bei akutem Beratungsbedarf im Umfeld Schule in Hessen findet man auf folgender Webseite des Beratungsnetzwerks [▶ https://beratungsnetzwerk-hessen.de/beratungsangebote/fuer-schulen/anlaufstellen-und-traeger-in-hessen/](https://beratungsnetzwerk-hessen.de/beratungsangebote/fuer-schulen/anlaufstellen-und-traeger-in-hessen/).

Eine Liste mit Kontaktdaten von verschiedenen Trägern aus Hessen, die Bildungs- und Präventionsangebote zum Thema Rechtsextremismus und Demokratiestärkung speziell auch für den Bereich Schulen anbieten, findet man auf folgender Webseite des Beratungsnetzwerks [▶ https://beratungsnetzwerk-hessen.de/bildungs-und-praeventionsangebote/angebote-fuer-schulen/](https://beratungsnetzwerk-hessen.de/bildungs-und-praeventionsangebote/angebote-fuer-schulen/).

Eine hilfreiche Fragen-und-Antworten-Seite findet man auch auf der Website des Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums (HKE) unter [▶ https://hke.hessen.de/hilfsangebote/schulen](https://hke.hessen.de/hilfsangebote/schulen)

Broschüre „Extrem gut!“

Eine nützliche Übersicht von Angeboten auch für Schulen bietet die Broschüre „Extrem gut! Bildungsangebote gegen Menschenfeindlichkeit“ des Demokratiezentrum Hessen. Die Publikation im handlichen DIN-A-6-Taschenformat (3. überarbeitete Auflage 11/2020) listet Angebote hessischer Träger zur Demokratiebildung und zur Prävention und Beratung in den Bereichen Rassismus, Rechtsextremismus und religiös begründeter Extremismus auf. Die PDF zum Download gibt es auf der Seite [▶ https://beratungsnetzwerk-hessen.de/verschiedenes/broschuere-extrem-gut-informiert-ueber-bildungsangebote-gegen-menschenfeindlichkeit/](https://beratungsnetzwerk-hessen.de/verschiedenes/broschuere-extrem-gut-informiert-ueber-bildungsangebote-gegen-menschenfeindlichkeit/)



Studien-Publikation „Was soll ich denn da sagen?!“

„Was soll ich denn da sagen?!“ – Zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus im Schulalltag (2. Auflage 2018) ist der Titel einer studienbasierten Publikation des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus im Schulalltag. Die 60-seitige Broschüre beschäftigt sich ausführlich damit, wie Rassismus im Schulalltag wahrgenommen wird, welche Umgangsformen und Handlungsmöglichkeiten es gibt und welche Unterstützung und Hilfen für in der Schule Tätige nötig sind. Printexemplare sind derzeit leider vergriffen, eine Neuauflage wird angestrebt. Downloadmöglichkeit auf der Seite [▶ https://beratungsnetzwerk-hessen.de/verschiedenes/beratungsnetzwerk-hessen-gibt-publikation-zum-thema-rechtsextremismus-und-rassismus-in-der-schule-heraus/](https://beratungsnetzwerk-hessen.de/verschiedenes/beratungsnetzwerk-hessen-gibt-publikation-zum-thema-rechtsextremismus-und-rassismus-in-der-schule-heraus/), Direkt-PDF [▶ https://beratungsnetzwerk-hessen.de/wp-content/uploads/2020/10/BNWH_Schule_Rassismus_2018-neu.pdf](https://beratungsnetzwerk-hessen.de/wp-content/uploads/2020/10/BNWH_Schule_Rassismus_2018-neu.pdf)



Kostenfreie mobile Leih-Ausstellung

Das Demokratiezentrum Hessen hat 2015 eine mobile Leih-Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin? Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Handlungsmöglichkeiten“ entwickelt, die fortlaufend aktualisiert und ergänzt wurde. Die Ausstellung zeigt auf insgesamt 26 Roll-Ups wissenschaftlich fundiert und anschaulich Organisations- und Erscheinungsformen der vornehmlich jugendlichen „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ genauso wie die Tendenzen zu rechtsextremen Einstellungen in Teilen der Bevölkerung. Die Ausstellung kann von Schulen, Vereinen, Parteien, Initiativen und anderen interessierten Institutionen kostenfrei ausgeliehen werden.

Auf der begleitenden eigenen Website [▶ https://rechts-aussen.de/](https://rechts-aussen.de/) finden Lehrkräfte methodische und didaktische Anregungen, weitere Infos und Literaturtipps zu jedem einzelnen Roll-Up.



Einzelne Ansprechstellen und Anlaufstellen in Hessen (Auswahl)

■ Das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ mit dem **Demokratiezentrum Hessen** an der Philipps-Universität Marburg ist landesweit die erste Anlaufstelle in Sachen Beratung, Opferunterstützung und Bildungsangebote im Kontext Rechtsextremismus – auch für Schulen. Das Demokratiezentrum Hessen ist zentrale Koordinierungs-, Fach- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks und vermittelt unmittelbare Hilfe und Beratung sowie Bildungs- und Präventionsangebote in ganz Hessen.

Website ▶ <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/>

■ Das **Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT)** mit seinen Regionalstellen des Beratungsnetzwerks für Nord- und Osthessen in Kassel und Fulda bietet eine breite Unterstützung im Bereich regionaler Demokratisierungsprozesse und zivilgesellschaftlichen Engagements an. Im Angebot, das auch auf Schulen und Lehrkräfte gezielt zugeschnitten werden kann, sind u. a. Projekte gegen Rechtsextremismus, Fortbildungen für Multiplikator/innen, Informationsveranstaltungen zu rechtsextremer (Jugend)Kultur, Trainings (z. B. Argumentationstrainings) und Seminare im Bereich Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.

Website ▶ <https://mbt-hessen.org/home>

■ Die **Regionalstelle Südhessen des Beratungsnetzwerks Hessen** in Darmstadt bietet eine ähnliche Angebotspalette wie das MBT in Kassel/Fulda (s. o.). Träger ist seit Mitte 2021 der Verein „Jetzt! – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.“. Mobile Beratung und politische Bildung sind die Schwerpunkte der Arbeit.

Website ▶ <https://regionalstelle-sued.de/>

■ Der Verein „**Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.**“ bietet Beratung, Moderationen, Kooperationen, Vernetzung, Fortbildungen, Seminare, Prozessbegleitung und Coaching an. Die Angebote richten sich u. a. an Lehrkräfte, Kitas, Kommunen, Verwaltungen, Ehrenamtliche, Eltern, Jugendeinrichtungen und Privatpersonen. Als kompetente Ansprechpartner für alle Themen der Mobilen Beratung sind die erfahrenen Mitglieder des Vereins vor allem in Mittel- und Südhessen aktiv.

Website ▶ <https://jetzt-ev.de/>

■ Das „**Netzwerk für Demokratie und Courage**“ (NDC) unter der Trägerschaft des Hessischen Jugendrings bietet in Hessen verschiedene Projektstage, Fortbildungen und Workshops für Jugendliche ab der 8. Klasse und für Multiplikator*innen (z. B. Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Sozialpädagog*innen) an.

Website ▶ <https://www.netzwerk-courage.de/hessen/>

■ Die „**Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus**“ entwickelt Programme zur primären und sekundären Prävention von Rechtsextremismus in Hessen und bietet gezielt Workshops für junge Menschen an. Die Angebote umfassen Beratung, Begleitung, Coaching sowie Fort- und Weiterbildung für Angehörige, Lehrkräfte und Menschen in der sozialen Arbeit. Rechtsextrem gefährdeten jungen Menschen wird sozialpädagogische Unterstützung angeboten.

Website ▶ <https://rote-linie.net/>

■ Die **Bildungsstätte Anne Frank** in Frankfurt bietet Workshops für Schulklassen und Jugendgruppen an zu Fragen wie: Was ist Rechtsextremismus? Welche Formen von Antisemitismus gibt es heute? Welche Rolle spielt Religion in der Gesellschaft? Wie kann man couragiert im Alltag handeln? Wie kann man sich gegen Diskriminierung schützen? Außerdem veranstaltet sie Fortbildungen für Lehr- und (pädagogische) Fachkräfte zu den Themen Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Menschenrechte.

Website ▶ <https://www.bs-anne-frank.de/>

■ Das Projekt des Hessischen Kultusministeriums „**Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD)**“ hat zum Ziel, Schulen bei der nachhaltigen Implementierung von gewaltpräventiven und demokratieförderlichen Programmen durch Fortbildung und Beratung zu unterstützen.

Website ▶ <https://gud.bildung.hessen.de/>

■ „**Schule machen ohne Gewalt (SMOG) e. V.**“ ist ein Netzwerk gegen Gewalt und Sucht. Ziel ist es, dem Gewaltpotenzial präventiv und intervenierend mit einer Vernetzung unterschiedlicher Aktivitäten entgegenzutreten. Dazu werden verschiedene Seminare und Workshops in Kindergärten, Grundschulen und Klassen 5 bis 10 sowie für Erwachsene angeboten.

Website ▶ <https://smogline.de/>

■ Der Verein „**Creative Change e. V.**“ aus Offenbach besteht aus einem internationalen Team aus jungen Theaterpädagog*innen, die sich auf kreative Weise für ein respektvolles Zusammenleben engagieren, indem das Team jeweils eine Woche lang in Schulklassen mit 8- bis 15-jährigen Kindern kleine Theaterstücke und Rollenspiele improvisiert.

Website ▶ <https://cc-ev.de/>

■ Ziel des **Gewaltpräventionsprogramms „PiT“ (Prävention im Team)** der Hessischen Landesregierung im „Netzwerk gegen Gewalt“ ist es, Schüler*innen der Jahrgänge sechs, sieben oder acht in die Lage zu versetzen, individuell und gewaltfrei auf gewaltbesetzten Situationen des öffentlichen Raums zu reagieren und angemessen zu handeln. Im Rahmen des PiT-Trainings erhalten Jugendliche auch die Möglichkeit, ihren Umgang mit dem öffentlichen Raum Internet zu reflektieren.

Website ▶ <https://netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de/programme/praevention-im-team-pit>

■ Mit passgenauen Bildungspaketen für verschiedene Zielgruppen treten die „**Arolsen Archives**“ gegen Fake News, Ignoranz und gefühlte Wahrheiten an. Denn ein Großteil der deutschen Schüler*innen beispielsweise weiß trotz Fachunterrichts kaum mehr etwas über die NS-Verfolgung, und Klischees und Vorurteile sind in der Gesellschaft weit verbreitet. Die „Arolsen Archives“ entwickeln Bildungsangebote und unterstützen Lehrer*innen und außerschulische Akteure*innen in ihrer Arbeit.

Website ▶ <https://arolsen-archives.org/>

■ Der **Landesverband Hessen des Verbands deutscher Sinti und Roma** bietet u. a. für Schulen an: eine mobile Ausstellung „Der Weg der Sinti und Roma“, Führungen, Projektstage, Workshops, mobile Medienstation (mit Zeitzeugenberichten und Filmbeiträgen gegen Antiziganismus) und Vorträge. Ergänzend dazu stellt der Verband Handreichungen für Lehrkräfte an den hessischen Schulen zum Thema Antiziganismus zur Verfügung.

Website ▶ <https://sinti-roma-hessen.de/>

■ Speziell zum Thema Hate Speech hat das Projekt „#hatebreach – Hass im Netz begegnen“ der „Kopiloten e. V. – gemeinsam politisch bilden“ in Nordhessen verschiedene Angebote für Jugendliche und Lehrkräfte entwickelt und bietet projektorientierte Lehr-Lern-Arrangements und Bildungsinterventionen für Schulen vor allem im Raum Nordhessen an.

Website: ▶ <https://hatebreach.net/category/angebote/schule/>

■ Der Landesverband Hessen der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. (DeGeDe) engagiert sich für die Demokratiepädagogik im Bundesland Hessen und fordert und fördert u. a. die Entwicklung der demokratischen Kultur an Schulen sowie in Kinder- und Jugendeinrichtungen. Dafür werden gemeinsam mit Schüler*innen, Eltern, Studierenden, Lehrern*innen, Sozialpädagogen*innen und Akteuren*innen der Zivilgesellschaft geeignete Initiativen und Projekte entwickelt. In Hessen gibt es zudem das Projekt „Zusammenleben neu gestalten“, das sich u. a. auch an Schulen und außerschulische Bildungsträger richtet und interaktive Informationsveranstaltungen, Durchführung und Begleitung von Begegnungs- und Dialogveranstaltungen sowie themenspezifische Fortbildungen und Workshops anbietet.

Websites ▶ <https://degede.de/regionen/hessen/>
und ▶ <https://degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/>

■ Der Verein „Werkstatt für Demokratieförderung e. V.“, seit 2022 auch Mitglied im Beratungsnetzwerk Hessen, hat sich die Stärkung demokratischer gesellschaftlicher Strukturen durch Bildungsarbeit zum Ziel gesetzt. Das tut er mit verschiedenen Projekten gegen Rassismus und Diskriminierung und bietet dazu u. a. für Schüler*innen, Lehrkräfte, Erzieher*innen und pädagogische Fachkräfte Workshops, Fortbildungen, Beratungen und Demokratietrainings an.

Website ▶ <https://www.werkstatt-demokratie.de/>

■ Der Verein „Bildungsinitiative Ferhat Unvar e. V.“, der auch vom Demokratiezentrum Hessen gefördert wird, ist eine gemeinnützige Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und deren Eltern, die im Alltag oder in der Schule mit Rassismus konfrontiert sind. Angeboten werden Informationsveranstaltungen und -materialien, Antidiskriminierungsworkshops, kreative Workshops und Themenabende für junge Menschen. Die Bildungsinitiative, die aus Anlass des rechtsextrem und rassistisch motivierten Anschlags in Hanau 2020 gegründet wurde, bei dem u. a. auch der 23-jährige Ferhat Unvar getötet wurde, möchte Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Raum geben, sich selbst auszudrücken. Anliegen ist es, präventiv vorzugehen und die Verantwortung, gegen Rassismus und Diskriminierungen anzugehen, auch unter Lehrer*innen und nichtbetroffenen Mitschüler*innen zu verteilen. Für Hanauer Schulen und Vereine sind die Bildungsangebote kostenlos.

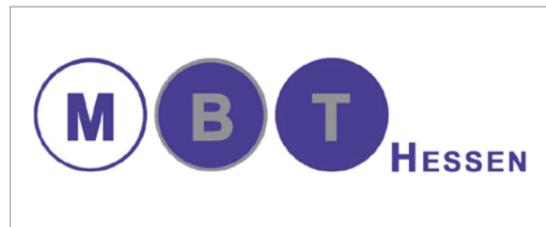
Website ▶ <http://development.bi-ferhatunvar.de/>



7. AUS DER PRAXIS

Das folgende Kapitel gibt aus einem jeweils spezifischen und konkreten Blick und exemplarisch Einblicke in die Arbeit von Beraterinnen und Beratern und Netzwerkmitgliedern vor Ort und beleuchtet deren Aktivitäten im vergangenen Jahr 2023. Die Namensberichte stellen ausdrücklich die subjektive Sicht aus der Alltagspraxis in den Vordergrund und geben einen anschaulichen Eindruck von der Vielfalt der täglichen Arbeit vieler engagierter Menschen vor Ort in Hessen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit.

7.1 Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) – Regionalstellen Nord- und Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen in Kassel und Fulda



Prägend für das Jahr 2023 war für uns in den Regionalstellen Ost-/Nordhessen des Beratungsnetzwerks Hessen die Auseinandersetzung mit einer sich verändernden extrem rechten Szene. Das machte sich auch in den Anfragen an uns bemerkbar. Nach den eingeschlafenen Protesten gegen die Corona-Politik haben sich die ehemals dort Teilnehmenden teilweise umorientiert und sind bei Antikriegsprotesten in Bezug auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine in Erscheinung getreten.

Anfragen an unsere Beratungsstelle betrafen zudem Phänomene aus dem Bereich der Esoterik, wie der Anastasia-Bewegung, weiterhin auch Verschwörungsmythen und den damit einhergehenden Antisemitismus. Aus diesem Grund veröffentlichten wir 2023 eine aktualisierte Neuauflage unserer Broschüre mit dem Titel „Verschwörungsideologien – Warum sie so gefährlich sind und was man dagegen tun kann“, die wir um einen Artikel über aktuelle Strukturen der Verschwörungsszene in Hessen sowie eine Zwischenbilanz unserer Beratungspraxis der letzten vier Jahre ergänzt haben.

Die rechtsextreme Kameradschaftsszene hat sich teilweise, auch nach Verboten und anderer staatlicher Repression, neu orientiert. Dadurch sind Anfragen nach Aufklärung über aktuelle Erscheinungsformen der extremen Rechten in der Region bei uns eingegangen. Nennenswert ist hier die Gründung eines neuen „Stützpunktes“ der rechtsextremen Kleinpartei „Der III. Weg“ in Nordhes-

sen, was zu erheblicher Unruhe bei Beratungsnehmenden in der betroffenen Region geführt hat.

Bei den Anfragen von Schulen ist uns aufgefallen, dass die Fälle eindeutiger geworden sind. Teilweise waren die Beratungsanfragen zu auffälligen Kindern oder Jugendlichen dringender. Neben Rassismus und anderen Formen von Menschenfeindlichkeit gab es Anfragen, weil Schülerinnen oder Schüler rechtsextreme Symbole bzw. Aussagen verbreiteten. Der Konsum von Social Media setzte



Cover der 2023 aktualisierten MBT-Broschüre zu Verschwörungsideologien

Kinder und Jugendliche, besonders in Pandemiezeiten, verstärker den dort zu findenden menschenverachtenden Inhalten und Haltungen aus als in der Zeit davor. Deswegen variierten die Anfragen etwa für ein Argumentationstraining für das Schulkollegium bis hin zum Umgang mit extrem rechten Schülerinnen und Schülern.

Und natürlich hatte die Landtagswahl in Hessen großen Einfluss auf unsere Arbeit: Sei es im Wahlkampf, in dem es viele Veranstaltungen zum Thema Rechtspopulismus sowie zur Frage nach Besetzung von Podien und Umgang mit der AfD gab. Aber auch das Wahlergebnis selbst mit Rekordwerten für die AfD verlangte nach Einordnung.

Positiv hervorzuheben ist die Begleitung von Bündnissen im ländlichen Raum im vergangenen Jahr: Dabei ging es sowohl um die Unterstützung eines neu gegründeten sowie die kontinuierliche Begleitung eines weiteren Bündnisses, welches wir bereits seit Jahren in einem langfristigen Prozess begleiten. Auch arbeiteten wir weiterhin kontinuierlich an der Vernetzung und Zusammenarbeit mit den lokalen Partnerschaften für Demokratie (PfD) und den DEXT-Stellen.

In Osthessen gab es vermehrt Anfragen für Fachvorträge und Teilnahme an Podiumsgesprächen. Hierbei ging es vorrangig um die Themengebiete rechtsextremer Strategien, Gefahren für die Demokratie und Aufklärung über rechtsextreme Erkennungszeichen, Gruppierungen und Bewegungen (beispielsweise „Reichsbürger“ oder Ak-

tionen „rechter Landnahme“). Zudem gab es auch in Osthessen einen Bedarfsanstieg im Bereich Schule, der bearbeitet wurde (rechte Klassenchats, rechte Parolen).

In Bezug auf die Landtagswahlen ließ sich in den Regionen eine hohe Präsenz an AfD-Veranstaltungen vermerken, zu welchen auch „namhafte“ Personen erschienen. Auf diese Treffen folgten vermehrt deutliche Reaktionen in Form von Gegenprotesten aus der Bevölkerung.

Positiv hervorzuheben ist der Anstieg an Gründungen von Bündnissen gegen Rechtsextremismus in den ländlichen Regionen wie auch die Stärkung bestehender Bündnisse und/oder informeller Personengruppen, die sich gegen rechtsextreme Agitationen stellen und/oder demokratiefördernd arbeiten. In diesem Rahmen waren Argumentationstrainings, Absicherungen gegen rechtsextreme Mitgliedschaften, Prävention bezüglich rechtsextremer Interventionen bei Veranstaltungen und auch Strukturfindung gefragt.

Wie auch in Nordhessen gab es in Osthessen weiterhin Vernetzungsarbeit mit den lokalen DEXT-Stellen und PfDs wie auch andere Vernetzungsrunden im Bereich Demokratieförderung.

Weitere Informationen im Internet:

► <https://mbt-hessen.org/home>

Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT), Kassel
(Regionalstellen Nord-/Osthessen des
Beratungsnetzwerks Hessen in Kassel und Fulda)

7.2 Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen, Darmstadt



Das Jahr 2023 war geprägt von unterschiedlichen Beratungs- und Bildungsanfragen, Überlegungen zur strategischen Ausrichtung der Regionalstelle Süd, den Folgen des Terrorangriffs vom 7. Oktobers in Israel, den Wahlergeb-

nissen der hessischen Landtagswahlen im Herbst 2023 sowie zum Jahresabschluss der Unklarheit, ob – nach fehlendem Bundeshaushalt – eine Weiterarbeit zu Beginn 2024 überhaupt möglich sein wird.

Das vergangene Jahr startete mit der Einarbeitung und dem Willkommenheißens eines neuen Kollegen im hauptamtlichen Team der Regionalstelle für den Bereich Monitoring, Öffentlichkeitsarbeit und Beratung. Durch diese Erweiterung konnten die Social-Media-Kanäle der Regionalstelle Süd ausgebaut werden (z. B. auf Instagram @regionalstelle_sued) und vor allem strategische Überlegungen zur Erreichung der ländlichen Räume

7.3 „response.“ – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

response.

Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Die Beratungsstelle „response“ bietet psychosoziale Beratung nach den Prinzipien und den Standards der professionellen Opferhilfe, den Qualitätsstandards des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG) und der gültigen EU-Opferschutzrichtlinie an. Zentrale Arbeitsprinzipien sind Parteilichkeit, Niedrigschwelligkeit, Vertraulichkeit und auf Wunsch Anonymität, Unabhängigkeit sowie intersektionale, trauma-, diskriminierungssensible und rassismus- und antisemitismuskritische Beratung. Weitere Säulen der Arbeit von „response“ sind systematische Recherche und Monitoring zu rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffen, die Pflege einer Meldestelle als weiterer Zugang zu Beratung und zur Sichtbarmachung von Vorfällen, allgemeine und fallbezogene Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit immer mit Fokus auf die Betroffenenperspektive, Prozessvorbereitung- und Begleitung und Vernetzungsarbeit.

Für das Jahr 2023 verzeichnete „response“ insgesamt 175 Beratungen an den beiden Standorten in Kassel und Frankfurt am Main. Davon wurden in 2023 107 neu aufgenommen. Beratungen nach Angriffen im sozialen Nahraum (z. B. der unmittelbaren Nachbarschaft), nach schweren Gewalttaten wie gefährlicher und schwerer Körperverletzung sowie nach rassistisch motivierten Mordversuchen gehörten ebenso zum Beratungsalltag wie aufwendige Prozessbegleitungen: So wurden zwölf Betroffene aus Hessen durch die Berater:innen am Standort Kassel zu einem ersten von voraussichtlich drei Strafprozessen im Kontext zu rechtsextrem bedingten Vorfällen bei einer Demo in Chemnitz 2018 und in Kooperation mit der Opferberatungsstelle „SUPPORT“ der „Regionalen Arbeitsstellen und Angebote für Bildung, Beratung und Demokratie Sachsen e. V.“ (RAA Sachsen) begleitet.

Ein Schwerpunkt in der Beratung im Jahr 2023 blieben am Standort Frankfurt am Main die Folgen im Kontext des rechtsterroristischen und rassistischen Anschlags in Hanau am 19. Februar 2020. In diesem Zusammenhang wurde im Oktober 2023 eine neue Beratungsstruktur „TASBAH“ unter dem Dach des VBRG e. V. vor Ort in Hanau etabliert. Diese ist zunächst befristet bis Ende 2024 und arbeitet in engem fachlichem Austausch mit „response“ als hessenweiter Betroffenenberatung zusammen.



Gedenk-Demo 2023 zum Jahrestag des rassistischen Attentats von Hanau 2020. Foto: response

im Beratungsgebiet angestellt werden. Gerade ländliche Räume mit sozialschwacher Infrastruktur bieten Anknüpfungs- und Rekrutierungspunkte für rechtsextreme Akteur*innen, z. B. durch den Aufkauf von Höfen, soziale Angebote und fehlende zivilgesellschaftliche Strukturen, die „rechter Landnahme“ etwas entgegensetzen könnten. Diese Entwicklung nehmen wir zunehmend als Herausforderung wahr, auch weil zivilgesellschaftlich Aktive nicht selten aufgrund ihres Engagements direkt bedroht werden.

Als Positivbeispiel für gelungenes zivilgesellschaftliches Engagement können die Gegenproteste zur verschwörungsideologischen und queerfeindlichen Veranstaltung von Ken Jebsen im Sommer 2023 hervorgehoben werden. Durch ein breites, auch aus vielen jungen Menschen, bestehendes Bündnis wurde auf die Veranstaltung in Bensheim aufmerksam gemacht und Gegenpositionen wurden öffentlich dargestellt. Jedoch wurde die Zunahme von queerfeindlichen und rassistischen Einstellungen auch hier deutlich, da die queere Jugend sowie eine antirassistische Beratungsstelle im Anschluss auf Social Media vermehrt Anfeindungen erhalten haben.

Die Beratungs- und Bildungsanfragen sind 2023 erneut gestiegen. Das hängt einerseits mit der wachsenden Bekanntheit der Angebote der Regionalstelle Süd in der Region zusammen, andererseits auch mit einem steigenden Problembewusstsein und Handlungsdruck auf Seiten der Anfragenden. In den Beratungsfällen standen der Umgang mit Rechtspopulismus, Rassismus und Verschwörungsideologien in unterschiedlichen Ausprägungen im Fokus.

Die Beratungnehmenden waren Schulen und Hochschulen, Kommunen, Einzelpersonen, zivilgesellschaftliche Strukturen, pädagogische Träger und viele weitere. Teilweise reichte ein einmaliges Gespräch aus und teilweise sind längerfristige Prozesse entstanden, gerade wenn es z. B. um den Umgang mit Gegenstimmen zum Bau von Geflüchtetenunterkünften ging. Hier konnte das Format der Bürger*innendialoge weiter etabliert werden. Im Bildungskontext wurden hauptsächlich Workshopformate zu den Themen Haltung- und Handlungssicherheit im Umgang mit diskriminierenden Aussagen und Vorkommnissen, Argumentationstrainings sowie Sensibilisierungsformate für Ideologien der Ungleichwertigkeit angefragt. Insbesondere in der Arbeit mit Pädagog*innen wird deutlich, dass die Sichtbarmachung der Betroffenenperspektive von relevanter Bedeutung ist, da diese

häufig im Arbeitsalltag untergeht.

Als besonderen Erfolg kann im vorigen Jahr die Veröffentlichung der Broschüre „Niemand sagt mir, was ich tun soll. Die (extreme) Rechte im anti-autoritären Gewand“, die in Kooperation mit dem Kommunikationsbüro „achtsegl“ entstanden ist, hervorgehoben werden. Nach kurzer Zeit musste aufgrund von bundesweiter Nachfrage eine zweite Auflage nachgedruckt werden.

Durch den nicht verabschiedeten Haushalt endete das Jahr mit der Unklarheit, ob wir zu Beginn 2024 weiterarbeiten können. Diese prekäre Situation ist vor allem für Festangestellte dauerhaft nicht tragbar und verdeutlicht die Notwendigkeit einer Verankerung der Fördermittel für Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus erneut.

Neben dieser strukturellen Herausforderung nehmen wir steigende antisemitische und queerfeindliche Gewalt, Reichsbürger*innen und Verschwörungserzählungen sowie die Normalisierung von autoritären Einstellungen und die Etablierung von rechtspopulistischen und rassistischen Forderungen in der Mehrheitsgesellschaft und Politik als zunehmende Herausforderung für unsere Arbeit wahr.

Internet: <https://regionalstelle-sued.de/>

Das Team der Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen, Darmstadt



Cover der 2023 veröffentlichten Publikation „Mir sagt keiner, was ich zu tun habe!“.

„response“ verfolgte bis zu den jeweiligen letzten öffentlichen Sitzungen die beiden parlamentarischen Untersuchungsausschüsse UNA 20/1 und UNA 20/2 zum Mord an Dr. Walter Lübcke sowie zum rechtsterroristischen und rassistischen Anschlag von Hanau.

Zudem unterstützten die Berater:innen von „response“ die Gedenkarbeit und Stärkung eines solidarischen Umfeldes an ihren jeweiligen Standorten. Zum siebten Jahrestag des rassistischen Mordversuchs an Ahmed I. am 6. Januar 2016 in Lohfelden wurde eine umfassende Chronik angelegt. Eine Vertreterin von „response“ beteiligte sich mit einem Redebeitrag an der jährlichen Solidaritäts-Demonstration zu dem rassistisch motivierten Mordversuch an B. Efe in Kassel am 21. Juni 2020. Zum Jahrestag des Anschlags in Hanau vom 19. Februar 2020 begleiteten Berater:innen Betroffene, Angehörige und Überlebende vor Ort inklusive einer eingerichteten Telefonsprechzeit.

Auch welt- und gesellschaftspolitische Krisen und Dynamiken prägten und prägen die Arbeit von „response“. Neben dem Krieg in der Ukraine ist hier der terroristische Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 mit massiven Folgen für Juden und Jüdinnen und damit verbundene gesellschaftliche Diskurse im Kontext von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus zu nennen. Hier besteht eine gute Kooperation und Verweisstruktur mit dem hessischen Standort von OFEK e. V.

Auch die Erfolge rechter Parteien und Organisationen

wie der AfD und damit einhergehende gesellschaftliche Diskurse bedrohen Betroffene und Klient:innen direkt. Für Betroffene besteht durch die Realität rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Vorfälle sowie rechter Vernetzungen eine ernst zu nehmende Bedrohungslage fort. Ein Anstieg der Intensität sowie eine zunehmende Enthemmung und Normalisierung rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt ist zu beobachten.

Im Kontrast dazu endete das Jahr 2023 mit prekären Förderperspektiven und einer Haushaltssperre im Bund. Das Jahr 2024 begann mit Infragestellungen zum Demokratiefördergesetz. Mehr als deutlich bleibt, dass die Beratungsstrukturen in Hessen und bundesweit im Feld Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus sichere Perspektiven und eine Verstetigung abseits von Projektförderungslogik brauchen. Nur so können die bisher geleistete Strukturarbeit für Demokratie und gegen rechtsextreme, rassistische und antisemitische Gewalt in Hessen und die notwendige Kontinuität in den Beratungsteams mit hoher Professionalität und erfahrenen Fachkräften auch künftig gesichert werden.

Weitere Informationen im Internet:

► <https://response-hessen.de/>

Meldestelle und Chronik:

► <https://hessenschauthin.de/>

Das Team von response. – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

7.4 „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus



Im Jahr 2023 gab es bei der „Roten Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus“ weiterhin eine hohe Nachfrage: 47 Beratungsfälle und 49 Fälle in der Prävention/Bildung. Der leichte Fall-Rückgang ist vor allem den personellen Ressourcen geschuldet, da mehrere Personal-

wechsel erfolgten und vakante Stellen zum Teil erst nach mehreren Monaten besetzt werden konnten.

Inhaltlich waren die Phänomenbereiche Rechtsextremismus, Rassismus und Reichsbürger*innen besonders gefragt. Workshops zum Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen fanden große Nachfrage.

Generell zeigt sich das Feld vielschichtiger, unübersichtlicher und es geraten neben den rechtsextrem affinen Jugendlichen immer wieder Erwachsene und Ältere in den Blick. Erreicht wurden vor allem Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, aus Ämtern, Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen an allgemeinbildenden und Berufsschulen, Jugendliche, Eltern und Angehörige.

Das Angebot für rechtsextrem affine Jugendliche (Einzelfallarbeit/Gruppensetting) hat auch in 2023 eine gute Nachfrage gefunden. Anlass sind vor allem Vorfälle an Schulen, in der Gemeinde oder in Einrichtungen gewesen. Die Jugendlichen werden über Weisungen, pädagogische Maßnahmen oder auf Anfrage von Jugendhilfeeinrichtungen erreicht, d. h. sind in der Regel nicht intrinsisch motiviert. Das Angebot umfasst mindestens sieben Termine über mehrere Monate, zum Teil erfolgt eine Unterstützung über ein Jahr hinaus.

Die Distanzierungsarbeit umfasst die Auseinandersetzung mit dem Vorfall, eine kritische Reflexion von individuellen Weltbildern, Sprache, Verhalten, nutzt erfahrungsorientierte Methoden, regt die eigene Positionierung, Perspektivübernahme und die Entwicklung von eigenen Zielen an. Das Gruppenangebot hingegen ermöglicht die Arbeit mit Jugendlichen eines Sozialraums und die Berücksichtigung von Gruppendynamiken und ergänzt die Einzelfallhilfen in produktiver Weise.

In der zweiten Jahreshälfte 2023 wurde eine Fortbildung zum Thema „Rassismussensible Erziehung“ konzipiert und für alle Kita-Leitungskräfte einer Kommune durchgeführt. Ein entsprechendes Angebot wurde auch in der Ausbildung von Fachkräften durchgeführt.

Für Fachkräfte wurde eine viertägige zertifizierte Fortbildung (VIR-Training) zum Umgang mit rechtsaffinen jungen Menschen in Alltagssituationen durchgeführt. Inhalte waren Grundlagenwissen im Themenfeld Rechtsextremismus, rechtliche Grundlagen, „Erlebniswelt Extremismus“, Ein- und Ausstiegsprozesse; und praktische Übungen und Beratungssequenzen zeigten praxisnah, wie auch Zielgruppen erreicht werden können, bei denen intensive Beratungsprozesse zunächst aussichtslos sind.

Standortbestimmung und Ausblick

Die Distanzierungs- und Umfeldberatung ist innerhalb des Beratungsnetzwerkes etabliert und ist auch dank der Verweisstruktur und sensibilisierter Schlüsselpersonen im Feld gut bekannt. Es gelingt, Zugänge zu Jugendlichen ohne intrinsische Veränderungsmotivation herzustellen, um Ablösungsbewegungen in Bezug auf rechtsextreme Gruppierungen, ideologische Haltungen und Handlungen zu befördern. Das fachliche Know-How ist erarbeitet und eine Qualifizierung auch von Fachkräften der Regelstruktur erfolgt.

Dieses Arbeitsfeld braucht aber eine personelle und finanzielle Kontinuität über den derzeitigen Projektförderzeitraum hinweg.

Es besteht weiterhin ein Bedarf in der Erreichung von Frauen und Mädchen und die Etablierung geschlechtsspezifischer Ansätze.

Für die Distanzierungs- und Umfeldberatung sowie das Beratungsnetzwerk insgesamt sehen wir eine Herausforderung darin, dass rechtsextreme Phänomene, Szenen und Gruppierungen einerseits fluider werden und andererseits „alte“ Strukturen nach wie vor bestehen und wieder aktiv werden. Einzelne Landkreise erscheinen nach wie vor unzureichend mit eigenen Trägern und Angeboten erschlossen (z. B. Lahn-Dill, Werra-Meißner...).

Noch unklar ist, inwieweit sich abzeichnende Normalisierungsprozesse von rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft auf die Thematisierung von Rechtsextremismus zum Beispiel an Schulen, in Kommunen oder in Familien und Nachbarschaften auf zukünftige Wahlergebnisse und dann auf die Distanzierungsarbeit auswirken werden.

Weitere Informationen im Internet:

► <https://www.rote-linie.net/>

Torsten Niebling, „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

7.5 „Jetzt! e. V.“ – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie



Unser Verein „Jetzt! e.V. – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie“ ist seit Jahren Mitglied im „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ und in dessen Auftrag in der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus tätig, vor allem in Mittel-, West- und Südhessen. Darüber hinaus ist „Jetzt! e. V.“ seit Mitte 2021 auch Träger der Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen. Im Jahr 2023 erhielten wir besonders viele Beratungsanfragen von Schulen, Kommunen und aus der Arbeitswelt. Des Weiteren gab es einige Anfragen von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wie z. B. Bündnissen, Vereinen und auch Einzelpersonen. Die Zunahme rechtsextremer Äußerungen und die daraus resultierenden rassistischen und anderweitig menschenverachtenden Diskriminierungen haben in vielen Institutionen die Frage aufgeworfen, wie sie damit umgehen sollen. In der Beratung legen wir großen Wert auf die Schaffung nachhaltiger Strukturen und die Vermittlung von Handlungskompetenzen im Umgang mit demokratiefeindlichen Aussagen und Handlungen. Dabei achten wir besonders auf die Wahrnehmung von Betroffenenperspektiven als grundlegende Strukturarbeit, eine kontinuierliche demokratische Prozessentwicklung und Prävention und Intervention rechtsextremer/demokratiefeindlicher Tendenzen als Querschnittsaufgabe.

Unseren Bezugsrahmen bilden demokratische Grundwerte und die Menschenrechte. Diese können zum Beispiel im Leitbild einer hilfesuchenden Institution verankert werden. Die partizipative Leitbildentwicklung ist eines unserer Beratungsangebote.

Ein Fokus unserer Beratungsarbeit im Jahr 2023 lag auf demokratischen Prozessentwicklungen an weiterführenden Schulen. Bei der Identifizierung bestehender Abläufe und Verantwortlichkeiten haben sich unsere systemischen Beratungsmethoden als sinnvoll bewährt. Dadurch konnten wir unsere Beratungsnehmenden dabei unterstützen, in ihrem System bestehende Strukturen im Sinne einer diskriminierungssensiblen Wahrnehmung und Handlung zu verbessern.

Die Intervention bei diskriminierenden Vorfällen ist für uns dabei neben der Prävention ein zentraler Aspekt. So konnten wir vor allem in Beratungsprozessen an Schulen dazu beitragen, die konkreten Abläufe bei diskriminierenden Vorkommnissen im Sinne der von Diskriminierung betroffenen Personen zu verbessern. Ein Teil dieser Unterstützung wurde durch die Implementierung von internen oder externen Ansprechstellen geschaffen sowie durch die Verweisberatung.

Wir führen aus diesen Beratungsfällen resultierende Bildungsangebote zum Teil selbst durch (beispielsweise Anti-Bias-Trainings), zum Teil verweisen wir auf spezialisierte Anbieter unseres Netzwerkes.

Weitere Informationen im Internet:

► www.jetzt-ev.de

Anne Wilmers und Patrick Zimmer, Jetzt! e.V. – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie

7.6 Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)



Ambivalenz – mit diesem Begriff lässt sich die sehr intensive Zeit im zurückliegenden Projektzeitraum 2023 am besten fassen. Wir erlebten die Gleichzeitigkeit eines einerseits spürbar wachsenden Interesses, sich auf eine rassistuskritische Herangehensweise einzulassen, entsprechende noch unbearbeitete Wissensbestände aufzuspüren, Alltagsroutinen zu überprüfen und, wo nötig, zu verändern, und einer andererseits beharrlichen Abwehr, genau dies zu tun: sich darauf einzulassen und anzuerkennen, dass durch Formen von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus Gleichheitsrechte verletzt werden und dass eine unwidersprochene Hinnahme dieser Umstände dem Zusammenleben in einer demokratisch verfassten Gesellschaft nicht angemessen ist.

Uns erreichten – insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2023 – Anfragen von pädagogischen Einrichtungen, Vereinen, Verbänden aber auch Behörden, die sich bewusst auf den Weg machen und eine rassistus- und diskriminierungskritische Haltung entwickeln wollten. In manchen Fällen geschah dies anlassunabhängig, aus einer intrinsischen Motivation heraus. Personal- oder Abteilungsleitungen nahmen Informations- und Fortbildungsbedarfe wahr, worauf wir mit unseren subjektorientierten Workshopformaten zur „Stärkung demokratischer Haltungen“ reagieren konnten.

In anderen Fällen waren konkrete Problemwahrnehmungen und schwierige Situationen der Anfang von intensiven Auseinandersetzungen, in denen bisher verwendete Materialien und übliche Praxen kritisch reflektiert und eine Veränderung herbeigeführt werden konnte. Dabei zeigten sich Teams in Kitas, Horten und der Ganztagsbetreuung besonders entwicklungsorientiert. Ein Trend, der sich bereits im letzten Projektjahr gezeigt hatte. Hier konnten wir – wie im Bereich der Verwaltungen und Sicherheitsbehörden – begonnene Prozesse fortsetzen.

Als stärkend erlebten wir dabei die Zunahme fundierter Wissensproduktion, die sich u. a. durch die Arbeiten des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa), des Abschlussberichts der Unabhängigen Kommission Antiziganismus sowie das Monitoring durch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) zeigt. Ergebnisse daraus können auf die konkrete Praxis der Beratungsnehmenden zugeschnitten werden und diese in ihrem Tun gut unterstützen.

Hinzu kommt die zum Jahreswechsel abgeschlossene Arbeit an unserer Broschüre zur „Erinnerungskultur“, mit der wir den langwierigen und noch immer nicht abgeschlossenen Prozess der Demokratisierung der Gesellschaft in Deutschland thematisieren. Die Auseinandersetzung damit bietet uns ein kleines Fundament, um mit den seit dem einschneidenden 7. Oktober-Wochenende – in dem der Terroranschlag der Hamas und die sich daran anschließende Welle antisemitischer Angriffe deutschlandweit mit den Landtagswahlen in Hessen zusammentraf – gewachsenen Herausforderungen umzugehen. Der Beratungsbedarf ist seitdem deutlich gestiegen.

Weitere Informationen im Internet: ► <https://degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/>

Christa Kaletsch, Manuel Glittenberg, Stefan Rech, DeGeDe-Team des Projekts „Zusammenleben neu gestalten“



Cover der 2023 erschienenen Publikation „Erinnerungskultur“ des DeGeDe-Projekts „Zusammenleben neu gestalten“

In diesem Kapitel haben wir für Sie Informationen über verschiedene Ereignisse, Neuigkeiten, Veränderungen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen und anderes Interessantes zusammengetragen, das im vergangenen Jahr 2023 im Demokratiezentrum Hessen und dem Beratungsnetzwerk stattfand.

8.1 Hessischer Staatssekretär übergab Förderbescheid



Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrums Hessen, (links) und Stefan Sauer, Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, (rechts) bei der offiziellen Übergabe des Förderbescheids für 2023 an das Demokratiezentrum. Foto: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Im März 2023 übergab Stefan Sauer, Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, dem an der Philipps-Universität Marburg angegliederten Demokratiezentrum Hessen den offiziellen Förderbescheid für 2023 über mehr als 3,3 Millionen Euro.

Der Förderbescheid setzt sich zusammen aus rund zwei Drittel weitergeleiteter Zuwendungen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und einem Drittel Mittel des Landes Hessen aus dem Programm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“. Mit den finanziellen Mitteln werden Maßnahmen des Demokratiezentrums Hessen wie Studien, Fachtagungen, Publikationen, Weiterbildungsmaßnahmen sowie ein umfangreiches Angebot an mobiler Beratung, Opferberatung und Distanzierungs- sowie Ausstiegsberatung gefördert.

Innenstaatssekretär Sauer sagte bei der Übergabe: „Mit seiner Arbeit leistet das Demokratiezentrum

Hessen einen bedeutenden Beitrag zur Wehrhaftigkeit unserer Demokratie und zur gesellschaftlichen Resilienz gegen Extremismus. Der Einsatz des Demokratiezentrums und seiner Partner mit ihrem umfassenden Beratungsangebot ist von unschätzbarem Wert. Wir alle sind uns bewusst, dass unsere Demokratie und unsere Werte jeden Tag aufs Neue mit Leben gefüllt und vor Verfassungsfeinden und Extremisten verteidigt werden müssen. Die Hessische Landesregierung setzt sich daher auf vielen Ebenen entschlossen gegen Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein.“

Quelle:

► <https://www.uni-marburg.de/de/aktuelles/news/2023/foerderbescheid-demokratiezentrum-hessen>

bzw. ► <https://innen.hessen.de/presse/pressearchiv/mehr-als-33-millionen-euro-an-demokratiezentrum-uebergeben>

8. WAS GAB ES 2023 NEUES IM DEMOKRATIEZENTRUM UND IM BERATUNGS- NETZWERK HESSEN?



8.2 Wissenschaftsministerin eröffnete offiziell neuen Forschungsbereich

Schon 2022 wurde damit begonnen, am Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg erstmals einen landesweiten Forschungs- und Weiterbildungsbereich unter dem Projekttitle „Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit“ einzurichten. Er wird vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert. Schwerpunktaufgaben sind die demokratietheoretische Grundlagen- und anwendungsbezogene Forschung sowie die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit gesamtgesellschaftlichen, aktuellen politischen wie auch historischen Entwicklungen.

Am 10. Mai 2023 wurde der neue wissenschaftliche Aufgabenbereich des Demokratiezentrums von Hessens Wissenschaftsministerin Angela Dorn offiziell eröffnet und in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Gerade in Zeiten von Krisen und beschleunigtem Wandel brauche es die gemeinsame Anstrengung der Gesellschaft, unsere Demokratie lebendig zu halten und gegen ihre Feinde zu verteidigen, erklärte die Wissenschaftsministerin. Das Demokratiezentrum koordiniere bereits viele Maßnahmen im Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“, und seit 2022 erhalte es zusätzlich jährlich 300.000 Euro, um den neuen Forschungs- und Weiterbildungsbereich zu Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit aufzubauen. „Demokratiethoretische Grundlagenforschung, anwendungsbezogene Wissenschaft und die Umsetzung im Rahmen des Landesprogramms im Sinne eines wissenschaftlichen Transfers finden hier unter einem Dach statt, und die Erkenntnisse aus Beratung und Weiterbildung fließen zurück in die Forschung. Diese Verbindung von Forschung und Praxis ist vorbildlich“, sagte die Wissenschaftsministerin.

Der Präsident der Philipps-Universität, Prof. Dr. Thomas Nauss, betonte: „Durch seine bisherige Arbeit ist das Demokratiezentrum am Puls der Zeit von gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Mit dem neuen Forschungs- und Weiterbildungsbereich hat es nun die große Chance, zu diesen Dynamiken auch vertiefend zu forschen.“



Marburgs Universitätspräsident Thomas Nauss (von links), Tina Dürr (weiterbildender Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“), Dr. Reiner Becker (Leiter des Demokratiezentrums Hessen) und Wissenschaftsministerin Angela Dorn nach dem Pressegespräch zum neuen Forschungs- und Weiterbildungsbereich des Demokratiezentrums. Foto: Philipps-Universität Marburg/Christian Stein

Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrums, sagte: „Dank der zahlreichen Kooperationspartner bietet der neue Forschungs- und Weiterbildungsbereich nochmals ganz andere Möglichkeiten für den Wissenschafts-Praxis-Transfer. Wir wollen kleinräumig die Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus untersuchen.“

Der Forschungsbereich widmet sich den drei Teilprojekten: 1. Demokratie und ihre Gefährdung von rechts in Hessen (DemoGIS Hessen), 2. Vertiefende Analyse von dokumentierten Beratungsfällen und 3. Forschungen zu Rassismus in Hessen im schulischen und außerschulischen Kontext.

Zum Forschungsbereich zählt im Übrigen auch der bundesweit einmalige weiterbildende Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“, der seit dem Wintersemester 2022/2023 an der Uni Marburg angeboten wird.

Der Forschungs- und Weiterbildungsbereich bündelt damit nun wissenschaftliche Arbeit und Beratungsarbeit in den Bereichen Demokratiefeindlichkeit, Rechtsextremismus-Bekämpfung und Antirassismus unter einem Dach.

Der Forschungs- und Weiterbildungsbereich „Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit: Forschung und wissenschaftliche Weiterbildung“ am Demokratiezentrum Hessen ist zunächst für den Zeitraum von 2022 bis 2026 bewilligt; der Zuschuss des hessischen Wissenschaftsministeriums für 2022 betrug 198.000 Euro, für die Folgejahre stehen je 300.000 Euro zur Verfügung.

Näheres siehe

➤ <https://www.uni-marburg.de/de/fb21/erzwinst/demokratiezentrum/forschung/1-laufende-projekte/1-1-rechtsextremismus-rassismus-und-demokratiefeindlichkeit-forschung-und-wissenschaftliche-weiterbildung-1> und ➤ <https://www.uni-marburg.de/de/aktuelles/news/2023/vorbildliche-verbinding-von-forschung-und-praxis>

8.3 „Extreme Zeiten“: Podcast des Demokratiezentrums stößt auf hohe Resonanz



Seit Ende 2022 produziert das Demokratiezentrum Hessen unter dem Titel „Extreme Zeiten“ regelmäßig Audio-Podcasts mit einem monatlichen Schwerpunktthema, zu dem jeweils kompetente Interviewpartner*innen befragt werden. Sie geben Einblick in ihre Arbeit, berichten von ihren Erfahrungen und sprechen Handlungsempfehlungen aus zu Problemen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus oder Verschwörungen. Moderiert werden die

Podcastfolgen von Angela Fitsch, langjährige frühere Redakteurin und Moderatorin beim Hessischen Rundfunk (u.a. der mehrfach preisgekrönten Sendung „Der Tag“).

Mittlerweile hat sich die Audio-Reihe unter der Hörerschaft gut etabliert und wird gerne verfolgt. Bislang gab es Podcastsendungen zu Themen wie „Was sind Reichsbürger?“, „Was ist Antisemitismus?“, „Was ist Antiziganismus?“, „Was ist Mobile Beratung?“, „Rechtsextremismus in der Familie“, „Rechter Terror in Hessen“, „Studieren gegen rechts“, „Rechtspopulisten und die Jugend“, „Hass im Netz begegnen“, „Aktiv werden gegen Rechtsextremismus“ oder „Starke Lehrer – starke Schüler“

Die Podcast-Folgen können auf der Website

➤ <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/extreme-zeiten/> und bei allen gängigen Podcast-Anbietern jederzeit angehört und heruntergeladen werden.

8.4. Zweitägige Fachtagung „Klimakrise und Demokratiegefährdung“ im Oktober



Fachleute haben die Befürchtung, dass die Folgen des Klimawandels und notwendiger Maßnahmen dagegen zu gesellschaftlichen Verwerfungen und Gefahren für unsere Demokratie führen können. Denn Klimaschutz-Gegner sind oftmals demokratiefeindlicher, neigen zu Populismus, Verschwörungstheorien oder Rechtsextremismus.

„Klimakrise und Demokratiegefährdung. Herausforderungen und Impulse für unsere Arbeit im Netzwerk“ war deshalb der Titel einer zweitägigen Klausur-Fachtagung, zu der sich am 5. und 6. Oktober 2023 auf Einladung des Demokratiezentrum Hessen rund 100 Fachleute aus dem Beratungsnetzwerk Hessen und geladene Experten in Butzbach trafen, um sich über das „Megathema Klimawandel“ und dessen Folgen für die Gesellschaft und das politische System auszutauschen und dafür gut informiert aufzustellen.

Denn der zunehmende, für die Menschen gefährliche Klimawandel erfordert dringend Veränderungen und auch Einschränkungen, woraus sich weitere Fragen ergeben wie: Inwiefern können notwendige Transformationsprozesse ggf. den sozialen Frieden und unser friedliches Zusammenleben in der Demokratie gefährden, und was ist zu tun, um Menschen für den gesellschaftlichen Veränderungsprozess „ins Boot zu holen“.

Nach einem einführenden Vortrag von Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum Hessen, gab es am ersten Tag Inputs: „Klimawandelanpassung – vom globalen Problem zu lokalen Lösungen“ lautete der Titel des faktenreichen Vortrags von Prof. Dr. Thomas Schmid, Präsident des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie, während sich Dr. Johannes Müller-Salo von der Leibniz Universität Hannover mit dem interessanten Themenaspekt „Offene Rechnungen. Der kalte Konflikt der Generationen“ beschäftigte.

Es folgten eine Diskussion zu den Inputs sowie am Nachmittag sechs Workshops mit externen Fachreferenten zu verschiedenen Perspektiven des großen Themas.

Nach dieser Bestandsaufnahme wurden am zweiten Tag dann Handlungsplanungen gesucht und in offenen Dialoggruppen unter dem Motto „Klimakrise und Demokratiegefährdung – für die Zukunft gut aufgestellt? Wir entwickeln gemeinsam neue Fragen, Themen und Vorhaben“ mögliche Antworten gesucht. Dabei zeigte sich, dass dieses nur global zu lösende Thema in Zeiten von Polykrisen immer mehr und komplizierte Fragen aufwerfen und auch in der Beratungsarbeit künftig vor große neue Herausforderungen stellen wird.



Welche möglichen Auswirkungen haben die Folgen und die Gegenmaßnahmen der Klimakrise auf unser Zusammenleben und unsere Demokratie? Um diese Frage ging es beim Klausur-Fachtag im Oktober 2023 in Butzbach. Foto: Demokratiezentrum Hessen

8.5 Weiterhin hohe Nachfrage nach Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin“ und Poster-Alternative

Seit 2015 stellt das Beratungsnetzwerk Hessen eine mobile Leih-Ausstellung unter dem Titel „RECHTSaußen – MITTENDrin? Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Handlungsmöglichkeiten“ Schulen, Vereinen, Kommunen, Parteien, Initiativen und anderen interessierten Institutionen kostenfrei zur Verfügung. Dazu gibt es eine eigene begleitende Website mit Zusatzinformationen und Lehrmaterialien. Die 26 Roll-Ups umfassende Ausstellung ist ein anschauliches Beispiel für die praktische In-



Foto: Demokratiezentrum Hessen

formations- und Bildungsarbeit des Beratungsnetzwerks Hessen, was auch die große Nachfrage danach belegt.

Im vergangenen Jahr 2023 wurde die Ausstellung insgesamt neun Mal verliehen. So war sie zu sehen in Braunfels, Veitshöchheim (Bayern), Herborn, Frankenberg, Offenbach, Frankfurt/M., Löhnberg, Schwalbach am Taunus und Marburg.

Außerdem wurde mehrfach die alternativ zur Prä-

senzausstellung angebotene Möglichkeit des Selbstausdrucks einer von Demokratiezentrum Hessen zur Verfügung gestellten Posterdatei mit den einzelnen Roll-Up-Darstellungen gerne und auch bundesweit genutzt.

Nähere Informationen zur Ausstellung und den Ausleihbedingungen gibt es unter

► <http://www.rechts-aussen.de/>

8.6 Publikationen

8.6.1 Historischer Blick auf rechtsterroristische Entwicklungen in Hessen

Langfristiges Projekt abgeschlossen: Im Frühjahr 2023 kam das Buch „Rechter Terror in Hessen. Geschichte, Akteure, Orte“ auf den Markt, dessen Autor*innen Yvonne Weyrauch und Sascha Schmidt seit Jahren im Beratungsnetzwerk Hessen mitarbeiten.



Die vom Demokratiezentrum Hessen geförderte umfangreiche Publikation zeichnet akribisch und chronologisch die Entwicklungen rechtsextremistischer Ereignisse und Personen in Hessen von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart nach. Dabei werden Gewalttaten und die dahinterliegenden

Kapitelüberschriften sind: „Kontinuitäten und Neuerungen: die extreme Rechte in der Nachkriegszeit bis Ende der 1960er Jahre“, „Rüstet euch selbst! Kauft Waffen!“ Die 1970er Jahre: das Jahrzehnt der Radikalisierung“, „Die 1980er Jahre: Hochphase des Terrorismus und Wandlungen der Szene“, „Rassistischer Straßenterror und das Wiedererstarken der NPD in den 1990er Jahren“, „Die 2000er Jahre: Sommer der Gewalt, NSU-Terror und ‚Autonome Nationalisten‘“, „Trotz Bedeutungsverlust extrem rechter Strukturen eskaliert rechter Terror in den 2010er Jahren“ und „Jahrzehnte des rechten Terrors in Hessen“.

Die faktenreiche Arbeit liefert erstmals eine umfassende Darstellung rechten Terrors in Hessen und zeigt, dass sich dieser wie ein roter Faden durch die Geschichte Hessens zieht. Das Buch umfasst 400 Seiten und ist im Wochenschau Verlag erschienen.

Nähere Informationen

► <https://www.wochenschau-verlag.de/Rechter-Terror-in-Hessen/41562>

Strukturen rekonstruiert, zeitgeschichtlich eingeordnet und in ihren Entwicklungen analysiert.

8.6.2 Ausführlicher Jahresbericht 2022 mit statistischen Zahlen und Überblick über Aktivitäten und Arbeiten des Netzwerks



Im Sommer 2023 veröffentlichte das Demokratiezentrum in einem wieder umfangreichen Jahresbericht seine ausführliche Bilanz der im Jahr 2022 erfolgten Aktivitäten, Tätigkeiten, Änderungen und Neuerungen im Beratungsnetzwerk Hessen bzw. im Demokratiezentrum.

Mit den regelmäßigen detaillierten Jahresberichten wird nicht nur eine Art jährlicher Rechenschaftsbericht vorgelegt, sondern damit soll auch eine breite Öffentlichkeit auf die vielfältigen Aufgaben, Arbeiten und Herausforderungen des Netzwerks und des Demokratiezentrums als seiner Fach-, Koordinierungs- und Geschäftsstelle aufmerksam gemacht

und die von Bund und Land geförderte Einrichtung grundsätzlich vorgestellt werden. Integriert ist in dem Bericht als Kernstück eine ausführliche statistische Auswertungsübersicht der Beratungsfälle sowie der Bildungs- und Präventionsmaßnahmen des Jahres 2022. Daneben finden sich Berichte, Bilanzen und Ausblicke aus der praktischen Arbeit vor Ort, Texte über alle Neuigkeiten im Beratungsnetzwerk, über Treffen, Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen sowie zur Finanzierung und zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der 68 Seiten umfassende Jahresbericht 2022 liegt in einer Online- und Druckversion vor.

siehe dazu auch Artikel auf <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2023/08/31/gleichbleibend-hoher-bedarf-an-hilfe-und-information-jahresbericht-2022-des-beratungsnetzwerks-hessen/> und das PDF auf https://beratungsnetzwerk-hessen.de/wp-content/uploads/2023/08/final-bmwh-JB2022-aug2023_web_doppelseiten.pdf

8.6.3 Neue Ausgaben der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“

Die im Wochenschau Verlag erscheinende umfangreiche Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ wird inhaltlich maßgeblich vom Demokratiezentrum Hessen erarbeitet, wo auch die Themen- und Beitragskoordination sowie die Redaktion stattfindet, und bietet ein wissenschaftliches Forum für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Sie ist eine Plattform für den gegenseitigen Austausch guter Ansätze aus Wissenschaft und Praxis gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, Rechtsextremismus, gewaltorientierten Islamismus und andere Abwertungs- und Ausgrenzungsphänomene und erscheint zweimal im Jahr – so auch 2023.

Das Heft 1/2023 der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ befasste sich mit dem Schwerpunktthema „(De)Legitimation von Wissen“. Hintergrund: Ob bei Klimawandel, Krieg oder Pan-



demie: Wissenschaft wird immer wieder in Frage gestellt und delegitimiert – sei es durch wissenschafts-externe extreme Akteur*innen oder sogar durch Mitglieder des Wissenschaftsbetriebs selbst. Doch bei aller Delegitimierung wird Wissenschaft auf der anderen Seite vermehrt eine zentrale

Kategorie politischer Diskurse. Diese Ausgabe beschäftigte sich mit den vielfältigen Problemen und Herausforderungen für Wissenschaftsbetrieb, Demokratie, (Politische) Bildung und Zivilgesellschaft, welche mit der Infragestellung und Verabsolutierung von wissenschaftlichem Wissen einhergehen,

sowie mit der Frage, was dagegen unternommen werden kann.

(siehe auch <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2023/04/25/delegitimation-von-wissen-aktuelle-ausgabe-von-demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit-erschienen/>)



Die zweite Ausgabe 2/2023 trug den Titel „Buzzwords“, was so viel wie „Trend-Schlagworte“ oder „Schlüsselbegriffe“ meint. Darin präsentierten die Autorinnen und Autoren eine Reihe von Schlüsselbegriffen/Buzzwords, auf die in der außerschulischen

und schulischen politischen Bildung, in der Demokratiebildung, der Beratungs- und Präventionsarbeit derzeit immer wieder Bezug genommen wird. Das Heft bildet theoretische Reflexionen wie auch Perspektiven aus der Praxis in Bezug auf die Begriffe ab und arbeitet ihre Ursprünge, Implikationen und Verwendungsweisen wie auch ihre Effekte heraus.

Die behandelten Schlagworte sind: Israelbezogener Antisemitismus, Bildung, Demokratie, Demokratieförderung, Demokratiefördergesetz, Digitalisierung, Diversität, Evaluation, Extremismus, Identität, Krise, Mitte, Nachhaltigkeit, Partizipation, Politische Bildung, Prävention, Radikalisierung, Solidarität und Zivilgesellschaft.

(siehe auch <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2023/11/09/buzzwords-aktuelle-ausgabe-von-demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit-2-2023-erschienen/>)

8.7 Neue Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) in Hessen und neue „Arbeitsgemeinschaft Antiziganismus“ im Beratungsnetzwerk Hessen



Im Juli 2023 nahm die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) Hessen ihre Arbeit auf. MIA steht für zivilgesellschaftliche Melde- und Informationsstellen zum bundesweiten Monitoring von Antiziganismus. Gemeinsam engagieren sich die Anlaufstellen in einzelnen Bundesländern gegen Antiziganismus, für Sensibilisierung zum Thema

und für gesellschaftliche Teilhabe. Das Hauptziel ist die Erfassung, Dokumentation und Auswertung antiziganistischer Vorfälle in Deutschland.

MIA Hessen ist die regionale Meldestelle für Hessen und eine Kooperation des Hessischen Landesverbands Deutscher Sinti und Roma und des Fördervereins Roma. Mit MIA Hessen sollen antiziganistische Vorfälle erfasst, dokumentiert und ausgewertet werden, um Diskriminierung in Hessen sichtbar zu machen und sie wirksamer bekämpfen zu können. MIA will mit ihrer Arbeit das Bewusstsein für Antiziganismus schärfen und die Unterstützung von Betroffenen verbessern.

MIA Hessen sammelt und analysiert Angaben darüber, wie und in welchem Umfang Antiziganismus ausgeübt wird. Die Vorfälle können telefonisch, über Messenger oder über die Website gemeldet werden. Als Teil einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft dokumentiert die Anlaufstelle antiziganistische Fälle in Hessen, bietet Betroffenen Verweisberatung an

und informiert die Öffentlichkeit. Mit den gemeldeten Vorfällen wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein höheres Bewusstsein für Antiziganismus in Hessen schaffen und dafür kämpfen, diesen abzubauen und ein besseres Unterstützungsangebot für Betroffene von Antiziganismus zu schaffen. Weitere Informationen auf der Website

► <https://hessen.antiziganismus-melden.de/>

Im Zuge dieses neuen Angebots in Hessen hat sich im Herbst 2023 während eines Vernetzungstreffens auch eine neue „Arbeitsgemeinschaft Antiziganismus“ im „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ ge-

bildet. Sie möchte sich künftig gezielt mit dem Thema im Netzwerk auseinandersetzen und es intensiver thematisieren. Dazu gehört auch das Vorhaben einer gezielten Wissensvermittlung zu Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma und des Phänomens Antiziganismus innerhalb des Netzwerks sowie ein mögliches Qualifizierungsangebot für die Beraterinnen und Berater im Netzwerk zu dieser speziellen Form von Rassismus, die sich gegen Roma, Sinti, Fahrende, Jenische und andere Personen und Gruppen richtet, die vielfach als sogenannte „Zigeuner“ wahrgenommen, stigmatisiert, ausgegrenzt und diskriminiert werden.

9. VERNETZUNG, AUSTAUSCH, WEITER- ENTWICKLUNG

Persönliche Begegnungen und intensiver Erfahrungsaustausch untereinander sind Grundvoraussetzungen für eine effektive Vernetzungsarbeit, damit gemeinsame Ziele gestärkt umgesetzt werden können und die Arbeit kontinuierlich weiterentwickelt wird. Das gilt auch für das Beratungsnetzwerk Hessen in seinem Einsatz für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Zahlreiche Treffen, interne Runden, regelmäßige Gremiensitzungen wie auch Fachtagungen oder Workshops bieten dafür angemessen Platz und Gelegenheit, das starke Geflecht des Netzwerks zu stabilisieren und auszubauen.

9.1 Regelmäßige Vernetzungstreffen

Zwei bis drei Mal im Jahr finden interne sogenannte Vernetzungstreffen des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ statt. Die Treffen, an denen üblicherweise zwischen ca. 80 und 100 Personen aus ganz Hessen teilnehmen, werden vom Demokratiezentrum einberufen, organisiert, enthalten in der Regel am Vormittag einen informativen Vortragsteil eines meist externen Experten bzw. einer Expertin und dienen neben dem Austausch über Grundfragen zu den Beratungsprozessen auch zur inhaltlichen und konzeptionellen Planung und Abstimmung von Bildungs- und Präventionsmaßnahmen sowie dem intensiven Informationsaustausch über aktuelle Entwicklungen zu Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hessen. Im vergangenen Jahr gab es nur ein solches großes Vernetzungstreffen im November, da der ursprüng-

lich geplante erste Jahrestermin am 30. März 2023 einer dringenden internen Konferenz zur Fortführung des Landesprogramms ab 2025, an dem auch wichtige Mitglieder aus dem Netzwerk teilnahmen, kurzfristig weichen und abgesagt werden musste. Am 16. November in Marburg war dann aufgrund eines Streiks bei der Bundesbahn etwas Improvisationskunst für das dortige Vernetzungstreffen des Beratungsnetzwerks Hessen gefragt, doch letztlich kamen gut 60 Fachleute, Mitglieder des Netzwerks und seiner Partnerinnen und Partner zu Information und Austausch zusammen. Schwerpunkt war am Vormittag das Thema Antiziganismus mit einem sehr informativen und erkenntnisbringenden Vortrag von Dr. Frank Reuter, wissenschaftlicher Geschäftsführer der Forschungsstelle Antiziganismus am Historischen Seminar der Universität Heidelberg. Wegen des DB-Streiks konnte er

leider nur online über Zoom auf einer Leinwand zum Publikum sprechen, was der fundierten Darstellung und Lebendigkeit des Referats kaum Abbruch tat. Der Historiker sprach über das Thema „Das antiziganistische Gedächtnis. Visuelle Konstruktionen des Anderen“ und gab dabei einen eindrucksvollen Einblick in die vielfältige Bilddarstellung und Rezeption der Sinti und Roma im Laufe der Geschichte. Reuter demonstrierte in seinem Vortrag an unterschiedlichen Bildquellen von der Frühen Neuzeit bis heute, wie „Zigeuner“ visuell erzeugt werden, erläuterte die zugrundeliegenden Stigmatisierungsmuster und zeigte,

wie bildliche Darstellungen entscheidend zum Fortbestehen von verzerrten oder eindimensionalen Wahrnehmungsmustern über die Minderheit der Sinti und Roma beigetragen haben und noch immer beitragen. Am Nachmittag ging es dann in Kleingruppen wieder um konkrete selbstgewählte Themen und Fragen aus und für die Praxisarbeit im Netzwerk. Schwerpunkte dabei waren zum Beispiel der Umgang mit dem aktuellen Nahostkonflikt und dem dadurch wieder verstärkten Antisemitismus, Auswirkungen des Antiziganismus‘ und dessen stärkere Berücksichtigung und Behandlung in der Beratungsarbeit.

9.2. Austausch bei Treffen der Mobilen Beratungsteams

Die derzeit rund 50 mobilen Beraterinnen und Berater des Beratungsnetzwerks treffen sich in der Regel drei Mal im Jahr zu projektrelevanten Themen und zur kollegialen Fallberatung. Dabei werden gemeinsam mit der Leitung des Demokratiezentrums intern Erfahrungen ausgetauscht, eventuelle Probleme angesprochen und zu lösen versucht sowie die künftige Arbeit der Intervention, Prävention und Beratung besprochen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

vor Ort an der Basis leisten. 2023 gab es am 24. März und am 23. Juni jeweils ein solches Treffen. Im Juni ging es schwerpunktmäßig um das Thema Antiziganismus/Rassismus gegen Sinti und Roma. Bei dem Treffen stellte als Gastreferent Dr. Mehmet Daimagüler seine Arbeit als Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus vor. Darüber hinaus wurde am 17 und 18. Oktober eine zweitägige Berater*innen-Klausur durchgeführt.

9.3 Qualitätszirkel-Treffen für die Weiterentwicklung

Mehrmals im Jahr und nach Bedarf finden des Weiteren Treffen des sogenannten Qualitätszirkels des Beratungsnetzwerks Hessen statt. Denn die kontinuierliche Qualitätsentwicklung und -überprüfung der Arbeit und Angebote ist eine Daueraufgabe des Demokratiezentrums und des Netzwerks, auf die besonderer Wert gelegt wird. So wurde das Beratungsnetzwerk Hessen bundesweit als erstes Beratungsnetzwerk bei der ArtSet Qualitätstestierung GmbH im Januar 2011 zum ersten Mal qualitativ getestet. Zuletzt wurde es 2019 für vier weitere Jahre erfolgreich retestiert.

Der Qualitätszirkel ist eine Arbeitsgruppe, die 2009 gegründet wurde und strategische Entwicklungsziele formuliert sowie die Prozesse des Qualitätsmanage-

ments unterstützt. Er setzt sich aus Mitgliedern des Beratungsnetzwerks zusammen und bildet dabei die verschiedenen Akteursgruppen des Beratungsnetzwerks ab: Lenkungsgruppe, Demokratiezentrum, Expertenpool, Berater*innen.

Die Aufgaben des Qualitätszirkels umfassen die systematische Erörterung von Qualitäts- und Verfahrensfragen, Ideenmanagement für Entwicklungsziele, Evaluationen von Beratungsnehmer*innen und Teams, Qualitätschecks sowie Entwicklung und Realisierung konkreter Indikatoren zur Überprüfung. Die Mitglieder des Qualitätszirkels tauschten sich 2023 am 14. März online und am 6. September in Marburg aus.



Unter anderem um visuelle Dimensionen des Antiziganismus ging es beim Vernetzungstreffen im November 2023 in Marburg. Foto: Demokratiezentrum Hessen

9.4 Treffen der Lenkungsgruppe – Strategie und Zukunftsfragen

In halbjährlichen Abständen, oder aus besonderem Anlass, trifft sich die Lenkungsgruppe, die für die Fortentwicklung des Projekts im Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ zuständig ist. Sie setzt sich paritätisch aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern zusammen. Die Lenkungsgruppe leitet strategisch die Umsetzung des Programms, verantwortet und steuert die Aktivitäten im Netzwerk, gewährleistet einen regelmäßigen Informationsaustausch mit den Landes-

ressorts über die Arbeit des Beratungsnetzwerks und der mobilen Beratungsteams, implementiert weitere erforderliche Ressourcen, die für eine qualitative Arbeit notwendig sind, nimmt gegenüber dem Demokratiezentrum die Aufsichtsfunktion wahr und entscheidet über die Aufnahme neuer Mitglieder im Beratungsnetzwerk Hessen.

Im Jahr 2023 fanden Treffen der Lenkungsgruppe am 13. März und am 16. Oktober statt – jeweils in Wiesbaden.

9.5 Treffen der „Partnerschaften für Demokratie“

„Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd) sind lokale bzw. regionale Bündnisse, in denen Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt entwickelt und umgesetzt werden. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt gezielt kommunale Gebietskörperschaften (Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse) beim Aufbau der „Partnerschaften für Demokratie“, die zusätzlich durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert werden. Damit soll bewusst ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene gefördert werden. So werden Vereine, Projekte und Initiativen unterstützt, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z. B. Rassismus oder Antisemitismus arbeiten.

2015 wurde ein eigenes Austauschtreffen für die hessischen Partnerschaften für Demokratie etabliert, das in der Regel zwei Mal jährlich mit Vertreter*innen des Demokratiezentrums stattfindet. Diese Treffen dienen sowohl der Abstimmung von Arbeitsprozessen als auch der spezifischen Fort- und Weiterbildung, die u. a. über das Demokratiezentrum organisiert und angeboten werden können.

Da die Partnerschaften eine immer größere Rolle als kommunales Bindeglied für die verschiedenen Angebote spielen, die vom Demokratiezentrum koordiniert werden, sind diese Treffen für alle Beteiligten besonders bedeutend. Derzeit gibt es laut Homepage von „Demokratie leben!“ in Hessen 40 „Partnerschaften für Demokratie“ (Stand: Juli 2024).

2023 gab es am 2. und 3. Mai eine Pfd-Klausurtagung in Marburg sowie ein weiteres Pfd-Treffen am 4. Dezember in Friedberg.

9.6 Weitere Treffen

Darüber hinaus fanden 2023 auch Treffen der sogenannten Konzeptwerkstätten als besonderem Format zum fachlichen Austausch und zur Vernetzung statt. Die Konzeptwerkstätten sind interdisziplinäre, phänomenübergreifende Arbeitsgruppen hessischer Träger in einem speziellen gemeinsamen Arbeitsfeld unter der Leitung des Demokratiezentrums Hessen bzw. RIAS Hessen.

In der **Konzeptwerkstatt „Extrem gut!“** vernetzen sich Mitarbeiter*innen, die in der Prävention von religiös begründetem Extremismus und/oder Rechtsextremismus tätig sind, um gemeinsam methodische Fragestellungen und Herausforderungen der verschiedenen Arbeitsfelder zu reflektieren und zu bearbeiten. Die Konzeptwerkstatt „Extrem gut!“ traf sich im vorigen Jahr einmal in virtueller Form am 21. November.

In der **Konzeptwerkstatt „Antisemitismus“** der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) (s. Kapitel 5) kommen Akteur*innen der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, Betroffenenberatung oder der Antisemitismusforschung aus Hessen zum fachlichen Austausch zusammen.

Am 11. Mai fand ein Treffen der Konzeptwerkstatt „Antisemitismus“ online statt und am 15. November in Präsenz im Jüdischen Museum in Frankfurt.

Aus der Konzeptwerkstatt „Antisemitismus“ ist schließlich die Idee von **„Antisemitismus-Werkstattgesprächen“** als öffentliches Veranstaltungsformat entstanden. In diesem Forum werden gemeinsam mit externen Expert*innen antisemitische Erscheinungsformen und aktuelle Fragen diskutiert. 2023 gab es am 5. Mai ein solches öffentliches „Antisemitismus-Werkstattgespräch“ online. Ein für November bereits geplantes weiteres Werkstattgespräch wurde

(nach dem Überfall der Hamas am 7. Oktober) kurzfristig aus Sicherheitsgründen abgesagt.

Schließlich gibt es enge Kooperationen des Beratungsnetzwerks Hessen mit den sogenannten DEXT-Stellen. Diese **„Fachstellen für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention“ (kurz DEXT)** können seit Beginn der zweiten Förderperiode des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (2020–2024) in jedem Landkreis, jeder kreisfreien Stadt und jeder Sonderstatus-Stadt eingerichtet werden und sollen auf lokaler und regionaler Ebene zu allen Phänomenbereichen des Extremismus Ansprechpartner sein, wobei sich die Schwerpunkte der Arbeit an den örtlichen Bedarfen orientieren sollen. Mehr dazu beim Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)

➔ <https://hke.hessen.de/foerderprojekte/saeule-a/dext>

9.7 Modulare Weiterbildung sichert Professionalität

Das Beratungsnetzwerk Hessen legt großen Wert auf eine professionelle, einheitlich qualitative Weiterbildung von Beraterinnen und Beratern. Deshalb organisiert das Demokratiezentrum Hessen seit langem gezielt Fortbildungsseminare als modulare Weiterbildungsreihe. Bereits seit 2012 wird die modulare Weiterbildungsreihe „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ vom Demokratiezentrum Hessen koordiniert und in Kooperation mit dem Systemischen Institut Tübingen durchgeführt.

Die Weiterbildungsreihe richtet sich überwiegend an mobile Berater*innen sowie darüber hinaus an Berater*innen der Opferberatung und der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung. Seit 2016 wird diese Weiterbildungsreihe auch bundeslandübergreifend angeboten.

2023 nahmen insgesamt 81 Berater*innen an den Kursangeboten teil. Neben zwei neuen Grundkursen, die jeweils aus vier dreitägigen Modulen bestanden, fand ein Aufbaukurs statt, der ebenfalls vier

dreitägige Module umfasste. Daneben wurden drei Supervisionskurse mit jeweils zwei zweitägigen Veranstaltungen für die Ausbildungsjahrgänge durchgeführt, in denen die Berater*innen gemeinsam die Erfahrungen in der Anwendung des erworbenen Handwerkszeugs reflektieren.

Insgesamt haben damit bis Ende vorigen Jahres 287 Mobile Berater*innen, Opfer- und Ausstiegsberater*innen aus allen Bundesländern an der modularen Weiterbildung „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ teilgenommen.

Da sich derzeit sehr viele Berater*innen in der Ausbildung befinden, sollen künftig mehr Aufbaukurse sowie Supervisionskurse angeboten werden.

Nähere Informationen

➔ <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/forschung-weiterbildung/systemische-weiterbildungsreihe/>

10. FINANZIERUNG

Finanzielle Förderung

HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

**HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND
GEGEN EXTREMISMUS**

Die Arbeit des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ und des Demokratiezentrum Hessen als dessen Fach-, Koordinierungs- und Geschäftsstelle wird aus Fördermitteln des Bundes und des Landes finanziert.

Die Förderung erfolgt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (seit 1.1.2024: „Hessisches Ministerium des

Innern, für Sicherheit und Heimatschutz“ (HMdI)) – beide Programme aktuell mit Laufzeit vom 01.01.2020 bis 31.12.2024.

Die Fördermittel müssen jeweils aktiv beantragt und ein ausführlicher Verwendungsnachweis über die Ausgaben geführt werden. Neben dem Demokratiezentrum selbst werden mit den Mitteln Träger im Beratungsnetzwerk finanziert, die in der Mobilen Beratung, der Opfer- und Betroffenenberatung und in der Distanzierungsberatung tätig sind.

2023 standen für die Arbeit insgesamt 3.380.007,07 Euro zur Verfügung: 2.230.966,70 Euro aus dem oben genannten Bundesprogramm und 1.149.040,37 Euro aus dem hessischen Landesprogramm.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Um die Arbeit und das Wirken des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrum Hessen in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und die interne und externe Kommunikation zu fördern, gibt es beim Demokratiezentrum Hessen eine kleine Pressestelle mit einem ausgebildeten Journalisten als Ansprechpartner für die Medien sowie für Mitglieder des Beratungsnetzwerks in Fragen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Halbtagsstelle) (Kontaktdaten siehe Info-Kasten nächste Seite unten).

Aufgabe der Pressestelle ist daneben u. a. die regelmäßige Pflege der Website des Demokratiezentrum und des Beratungsnetzwerks Hessen mit einem aktuellen Veranstaltungskalender, mit News und Informationen zu den vielen Angeboten des Netzwerks sowie des Facebook-Auftritts. Sie ist außerdem verantwortlich für die Leihausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin? Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Handlungsmöglichkeiten“ und deren Begleit-Website.

Im vorigen Jahr 2023 war die Expertise des Demokratiezentrum und Beratungsnetzwerks Hessen in den Medien u. a. zum Auftreten und Abschneiden der rechtspopulistischen AfD bei Wahlen, zum Thema „Reichsbürger“ und – besonders nach dem Überfall der Hamas Anfang Oktober in Israel – zum Thema Antisemitismus in der Gesellschaft gefragt. Aber auch sonst berichteten Presse, Hörfunk und Fernsehen immer wieder über unsere Arbeit und fragten nach fachlichen Informationen.

Untenstehend eine kleine Auswahl des Medienechos 2023. Aus urheberrechtlichen Gründen werden hier nur Medienbeiträge mit einer öffentlich zugänglichen URL und der jeweiligen Artikelveröffentlichung als Link angegeben (Abfragestand: Juni 2024).

- Meldestelle analysiert Judenhass – Krisen bringen Antisemitismus zum Vorschein (15.01.2023, epd)
 ▶ <https://www.evangelisch.de/inhalte/210813/15-01-2023/meldestelle-analysiert-judenhass-krisen-bringen-antisemitismus-zum-vorschein>
- CANCEL CULTURE (03.05.2023, „Die Ratgeber“, „hr-fernsehen“ – Interview mit Dr. Reiner Becker)
 ▶ <https://www.ardmediathek.de/video/die-ratgeber/cancel-culture/hr-fernsehen/Y3JpZDovL2hyLW9ubGluZS8yMDEoNzM>
- „Reichsbürger“: Experten warnen vor einer Strategie (24.01.2023, „Frankfurter Rundschau“)
 ▶ <https://www.fr.de/frankfurt/reichsbuerger-experten-warnen-vor-einer-strategie-92046977.html>
- „Das Dagegensein ist der Kern“ (04.08.2023, „Gießener Allgemeine“, Einschätzungen von Dr. Reiner Becker zu Erfolgsaussichten der rechtspopulistischen AfD bei Kommunalwahlen)
 ▶ <https://www.giessener-allgemeine.de/vogelsbergkreis/das-dagegensein-ist-der-kern-92443155.html>
- 10 Jahre AfD in Hessen. Partei mit zwei Gesichtern (06.02.2023, „Hessischer Rundfunk“)
 ▶ <https://www.hessenschau.de/politik/10-jahre-afd-in-hessen-partei-mit-zwei-gesichtern-v2,afd-hessen-bilanz-100.html>
- Landtagswahl in Hessen. Das braune Herz des Westens (05.10.2023, „taz“, mit Statement von Dr. Reiner Becker)
 ▶ <https://taz.de/Landtagswahl-in-Hessen/!5960498/>
- Weitverbreitete Vorurteile. Mehr Menschen suchen wegen Rassismus Rat (17.02.2023, „Der Spiegel“)
 ▶ <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/demokratiezentrum-mehr-menschen-lassen-sich-wegen-rassismus-beraten-a-ba5adcco-06c1-4800-8cfe-65ba1cf0b813>
- Podiumsdiskussion der jüdischen Gemeinde Hanau. Terror in Israel, Hass in Deutschland: Wenn Stille in den Ohren dröhnt (26.10.2023, „Gelnhäuser Neue Zeitung“)
 ▶ <https://www.gnz.de/lokales/main-kinzig-kreis/stadt-hanau/terror-in-israel-hass-in-deutschland-wenn-stille-in-den-ohren-droehnt-MYOLM2CPC5FTZALYBNKNQHUNWE.html>
- Rechtsextremismus und Rassismus: Beratungen weiter gefragt (12.04.2023, dpa, u. a. „Die Zeit“)
 ▶ <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-rechtsextremismus-und-rassismus-beratungen-weiter-gefragt-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230412-99-288431>

11. PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

- „RECHTSaußen – MITTENDrin?“ – Ausstellung und Fachvortrag im Bürgerhaus Schwalbach (04.11.2023, Stadt Schwalbach am Taunus) [▶ https://www.schwalbach.de/Stadtportraet.htm/Pressemitteilungen/RECHTSaussen-MITTENDrin-Ausstellung-und-Fachvortrag-im-Buergerhaus-Schwalbach.html](https://www.schwalbach.de/Stadtportraet.htm/Pressemitteilungen/RECHTSaussen-MITTENDrin-Ausstellung-und-Fachvortrag-im-Buergerhaus-Schwalbach.html)
- Experte: Parteien sind getrieben von Rechtsaußen (23.12.2023, dpa, u. a. „Die Welt“) [▶ https://www.welt.de/regionales/hessen/article249211690/Experte-Parteien-sind-getrieben-von-Rechtsaussen.html](https://www.welt.de/regionales/hessen/article249211690/Experte-Parteien-sind-getrieben-von-Rechtsaussen.html)

Weitere Informationen für die Presse: [▶ https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/presse/](https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/presse/),
Informationsmaterialien: [▶ https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/info-material/](https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/info-material/)

Alle zwei Monate regelmäßige Monitoring-Berichte über Lagebild in Hessen

Ein fester Bestandteil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Demokratiezentrum Hessen sind auch die regelmäßigen, übersichtlichen Monitoring-Berichte. Sie dokumentieren unterschiedliche Vorkommnisse, Aktivitäten und Auffälligkeiten im Bereich Rechtsextremismus und aus dem rechts-extremen Milieu sowie damit einhergehende anti-demokratische und menschenfeindliche Vorkommnisse, Aktivitäten und Auffälligkeiten in Hessen in einem bestimmten Zeitraum.

Die Monitoring-Berichte erscheinen in regelmäßigen Abständen – in der Regel zweimonatlich, sechs Mal im Jahr. Das Demokratiezentrum stellt die gestalteten Berichte, die nur als Online-Ausgaben

erstellt werden (nicht als gedruckte Exemplare), auch auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung. Grundlage der Monitoring-Recherchen sind öffentlich zugängliche, offizielle und selbst recherchierte Quellen wie Polizeiberichte, Presse- und Medienberichte, Internetpräsenzen und Beiträge in sozialen Netzwerken. Die Monitoring-Berichte werden seit 2019 vom Frankfurter Medienbüro „achtsegel.org“ im Auftrag des Demokratiezentrum Hessen recherchiert und erstellt. Siehe auch die Monitoring-Jahresübersicht im Kapitel 4 dieses Jahresberichts!

Nähere Informationen [▶ https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/monitoring-berichte/](https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/monitoring-berichte/)

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Demokratiezentrum Hessen im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Die Pressestelle ist vormittags besetzt und telefonisch erreichbar in der Regel montags bis freitags von ca. 9 bis 13 Uhr.

Kontaktdaten:

Gerolf Nittner · Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Demokratiezentrum Hessen im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus · Philipps-Universität Marburg · Institut für Erziehungswissenschaft
Wilhelm-Röpke-Straße 6 · 35032 Marburg

Tel.: 0 64 21 / 28 - 23 027 · E-Mail: gerolf.nittner@staff.uni-marburg.de · Fax: 0 64 21 / 28 - 24 577
Web: [▶ www.beratungsnetzwerk-hessen.de](https://www.beratungsnetzwerk-hessen.de) · [▶ www.facebook.com/Beratungsnetzwerk](https://www.facebook.com/Beratungsnetzwerk)

12. ANHANG

DIE MITGLIEDER DES BERATUNGSNETZWERKS HESSEN / EXPERTENPOOL

Dem „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ gehören zahlreiche Institutionen, Organisationen und Verbände – staatliche und freie Träger – aus Hessen an. Sie bilden ein professionelles Netzwerk und unterstützen als „Expertenpool“ kompetent und zeitnah die Projekte und Arbeit der Beraterinnen und Berater vor Ort. Zu den Mitgliedern dieses Expertenpools zählen (in alphabetischer Reihenfolge – Stand: Mai 2024, 54 Mitglieder):

- Antifaschistische Bildungsinitiative e. V.
➤ <http://www.antifa-bi.de/>
- Arbeiterwohlfahrt Rheingau-Taunus-Kreis mit dem Projekt „Menschenwürde“
➤ <https://www.awo-rtk.de/projekt-menschenwuerde/>
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen – Landesausländerbeirat
➤ <http://www.agah-hessen.de/>
- Arbeit und Bildung e. V. (Marburg) mit Projekten zu Extremismusprävention, Dialog und Vielfalt
➤ <https://www.arbeit-und-bildung.de/>
- Arbeit und Leben – DGB/VHS-Landesarbeitsgemeinschaft Hessen: „Gestaltungsraum Arbeitswelt“
➤ www.gestaltungsraum-arbeitswelt.de
- Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution (früher: International Tracing Service (ITS))
➤ <https://arolsen-archives.org/>
- Bildungsstätte Anne Frank e. V.
➤ <https://www.bs-anne-frank.de/>
- Bildungszentrum Wetzlar (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA))
➤ <https://www.bundesfreiwilligendienst.de/bildungszentren/die-einzelnen-bildungszentren/wetzlar>
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend Hessen (BDKJ)
➤ <http://www.bdkj-hessen.de/>
- DGB-Bezirk Hessen-Thüringen DGB
➤ <https://hessen-thueringen.dgb.de/>
und DGB-Jugend Hessen-Thüringen
➤ <https://hessen-thueringen.dgb.de/jugend>
- Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)
➤ <https://degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/>
- Die Kopiloten e. V. – gemeinsam politisch bilden
➤ <http://www.diekopiloten.de/> mit dem Projekt #hatebreach – Hass im Netz begegnen
➤ <https://hatebreach.net/>
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
➤ <https://www.ekhn.de/home.html>
mit dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung
➤ <https://www.zgv.info/das-zentrum/demokratie-staerken.html>
und dem Fachbereich Kinder und Jugend im Zentrum Bildung der EKHN
➤ <https://www.ev-jugendarbeit-ekhn.de/startseite/>
- Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck
➤ <http://www.ekkw.de/index.php>
- Förderverein JVA Holzstraße e. V.
➤ <http://www.foerderverein-jva-holzstrasse.de/>
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Hessen
➤ <https://www.fes.de/landesbuero-hessen>
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen
➤ <https://www.gew-hessen.de/>
- Hessischer Flüchtlingsrat
➤ <http://fluechtlingsrat-hessen.de/>
- Hessische Jugendfeuerwehr im Landesfeuerwehrverband Hessen
➤ <http://www.jf-hessen.de/>
- Hessischer Jugendring e. V.
➤ <https://www.hessischer-jugendring.de/>
mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage Hessen (NDC)
➤ <https://www.netzwerk-courage.de/web/149.html>
- Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) (bis Anfang 2022 Polizeiakademie Hessen)
➤ <https://hoems.hessen.de/>
- Hessisches Kultusministerium
➤ <https://kultusministerium.hessen.de/>
- Hessisches Landeskriminalamt Geschäftsstelle IKARus
➤ <http://ikarus-hessen.de/>
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
➤ <https://soziales.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (HMdI)
➤ <https://innen.hessen.de/>
mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)
➤ <https://hke.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium der Justiz
➤ <https://justizministerium.hessen.de/>
- Hessischer Städte- und Gemeindebund
➤ <https://www.hsgb.de/>
- HKM-Projekt (Hessisches Kultusministerium): „Gewaltprävention und Demokratielernen“
➤ <https://gud.bildung.hessen.de/>
- Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße
➤ <http://www.fremdenfreundlich.de/>
- Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)
➤ <https://isdonline.de/> mit dem Kompetenznetzwerk Anti-Schwarzer Rassismus (KomPAD)
➤ <https://kompad.de/>
- JAKOb e. V.
➤ <https://www.projekt-jakob.de/>
- Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.
➤ <http://jetzt-ev.de/>
- jugendschutz.net
➤ <https://www.jugendschutz.net/>
- Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft, Qualifikationsprofessur für Didaktik der Sozialwissenschaften
➤ https://www.uni-giessen.de/de/fbz/fb03/institutefb03/ifp/Lehrende_Team/Professor_innen/schmitt/startseite
- KUBI – Verein für Kultur und Bildung e. V.
➤ <http://www.kubi.info/>
- Landfrauenverband Hessen e. V.
➤ <https://www.lfv-hessen.com/>
- Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
➤ <https://lfv.hessen.de/>
- Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen
➤ <https://www.lvjgh.de/aktuelles/>
- Makista e. V. – Bildung für Kinderrechte und Demokratie
➤ <https://www.makista.de/>
- Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V., Kassel (Regionalstelle Nord-/Osthessen des Demokratiezentrum Hessen)
➤ <http://www.mbt-hessen.org/>
- Netzwerk gegen Gewalt
➤ <https://netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de/>
- Philipps-Universität Marburg, Institut für Erziehungswissenschaft
➤ https://www.uni-marburg.de/de/fb21/erzwinst/arbeitsbereiche/eb-ajb/eb/forschung/projekte/copy_of_servicenetzenwerk-fuer-studierende
mit dem Demokratiezentrum Hessen
➤ <https://www.uni-marburg.de/de/fb21/erzwinst/demokratiezentrum>
und der daran angegliederten Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Hessen
➤ <https://rias-hessen.de/>
- Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen (Träger: jetzt! e. V.)
➤ <https://regionalstelle-sued.de/>
- response – Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
➤ <https://response-hessen.de/ber-uns.html>
- Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus
➤ <https://www.rote-linie.net/>
- Rumi imPuls e. V.
➤ <https://www.rumi-impuls.de/>
- Sara Nussbaum Zentrum für Jüdisches Leben, Kassel
➤ <https://sara-nussbaum-zentrum.de/>
- SMOG e. V.
➤ <https://www.smogline.de/>
- Spiegelbild – Politische Bildung aus Wiesbaden
➤ <https://www.spiegelbild.de>
- Sportjugend Hessen
➤ <https://www.sportjugend-hessen.de/>
- Stiftung Adam von Trotts, Imshausen e. V.
➤ <https://stiftung-adam-von-trotts.de/>
- Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e. V. (Gießen)
➤ <https://www.tdgstiftung.de/>
- Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen
➤ <https://www.sinti-roma-hessen.de/>
- Werkstatt für Demokratieförderung e. V. (Projekte für die Demokratie – gegen Rassismus und Diskriminierung)
➤ <https://www.werkstatt-demokratie.de/>



HESSSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**